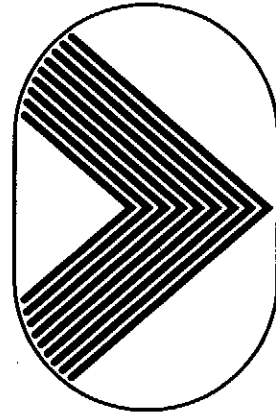


1994



Die Erhard-Busek-Pläne für Österreich.



DIE VOLKSPARTEI

Für unsere Heimat.
Für unsere Wirtschaft.
Für unsere Sicherheit.

Die Erhard-Busek-Pläne für Österreich.

Die Kraft der Mitte

Für Österreich beginnt mit dem Beitritt zur Europäischen Union ein neuer Abschnitt seiner Geschichte. Damit wir die Chancen im gemeinsamen Europa auch tatsächlich nützen, habe ich mit Experten die vorliegenden Pläne zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit erarbeitet.

Als treibende Kraft konnte die Volkspartei seit 1987 weitgehend die inhaltliche Arbeit der Bundesregierung bestimmen. Wichtige politische, wirtschaftliche und steuerrechtliche Änderungen konnten wir gegen den Widerstand der SPÖ erfolgreich durchsetzen. Dadurch wurde Österreich in den letzten Jahren zu einem der wohlhabendsten Ländern dieser Erde. Damit das so bleibt, wollen wir verhindern, daß die SPÖ unserem Land mit höheren Steuern und den starren Reglementierungen einer zentralistischen Bürokratie schadet.

Unser Ziel ist es, den politischen Rahmen zu schaffen, damit es

uns Österreichern wirtschaftlich gut geht, genügend Arbeit vorhanden ist, soziale Gerechtigkeit herrscht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dabei werden wir dafür sorgen, daß es Vielfalt und Freiräume für den Einzelnen aber auch die vielen verschiedenen Gemeinschaften gibt.

Im Unterschied zu den politischen Konkurrenten in Regierung und Opposition entscheiden wir mit unserer Politik den geistigen Einstellungen der Menschen in der politischen Mitte unserer Gesellschaft. Uns geht es um ein neues Verständnis von den Werten, die unsere Familien und Gemeinschaften zusammenhalten. Mit dem Bekennnis zur Heimat vermitteln wir Orientierung, Geborgenheit und Überschaubarkeit in einer unruhigen Zeit.

Die Menschen können sich darauf verlassen, daß die Volkspartei für Menschenwürde,

Die Erhard Busek-Pläne

Verantwortung, Leistung, soziale Gerechtigkeit, sowie Redlichkeit, Sparsamkeit, Vertrauen und Wahlfreiheit steht.

Die Volkspartei ist die Kraft der Mitte und damit Gegengewicht zum Machtanspruch der SPÖ in der Regierung und in der öffentlichen Wirtschaft. Angesichts der Radikalität der FPÖ-Parteiführung sind wir der einzig mögliche politische Partner für die modernen leistungsorientierten Bürger in Österreich.

Mit unserem Wirtschaftsplan zur Schaffung von 125.000 neuen Arbeitsplätzen und unserem Sicherheitsplan für den umfassenden Schutz der Bürger garantieren wir die materiellen Lebensgrundlagen aller Österreicher. Mit einem Mehr an Bildung und Ausbildung, Forschung und Innovation sowie der Flexibilisierung in einer modernen Arbeitswelt werden wir den schärfsten Wettbewerb am Weltmarkt als Musterland zukunftsweisender Produkte erfolgreich meistern.

Für alle, denen unsere Heimat, die umfassende Sicherheit, ein leistungsstarkes und wirtschaftlich erfolgreiches Österreich ein ernstes Anliegen ist, sind wir politischer Partner.

Denn die Volkspartei ist die Kraft der Mitte.



Inhaltsverzeichnis

Heimat
Raum für eine neue Politik
Verantwortung für das
eigene Land

Heimat ist Österreich in der
Vielfalt seiner Landschaften

Heimat ist Österreich in
Europa

Heimat sind unsere Städte
und Dörfer

Heimat bedeutet Familie

Heimat bedeutet Kultur und
Geschichte

Heimat bedeutet Bildung

Heimat bedeutet Natur

Heimat bedeutet Freiheit und
Toleranz

Heimat bedeutet Sicherheit
und Solidarität

Heimat verlangt die Verantwortung
des selbstbewußten
Bürgers

Raum für eine neue Politik Verantwortung für das eigene Land

Heimat

machen, wo die Gefahren und Bedrohungen liegen, und wo Österreich in den nächsten Jahren stehen soll. Dabei geht es vor allem um die jungen Menschen und um die Zukunft kommender Generationen. Es geht aber auch um die Sicherung des Erreichten. Und es geht um die Erneuerung der politischen Kultur und unserer Politik. Denn eine Politik ohne Werte ist wertlos.

Die Volkspartei nimmt diese Herausforderungen an. **Inmitten des Wandels der politischen Verhältnisse steht die Volkspartei als Kraft der Mitte für diese Heimat.**

Was immer wir mit unserer Politik erreichen wollen, es soll der Unverwechselbarkeit und Einmaligkeit Österreichs dienen. Es soll die Fähigkeiten und Begabungen, die Phantasie und Kreativität der Österreicher unterstützen. Es muß den Tatendrang der Jungen fördern. Und es muß die Lebensfreude und die Lebenssicherheit der gesamten Bevölkerung ermöglichen. Wir wollen, daß jeder, ob Frau, Mann, Jungendlicher oder Senior, in diesem Land seine Hoffnungen und Pläne verwirklichen kann.

Eine Politik ohne Werte ist wertlos

Dabei müssen wir uns die einfache, aber zentrale Frage nach den Werten in unserer Gesellschaft stellen.

Wir müssen wissen, wie wir miteinander umgehen wollen, was wir aus unseren Chancen

Österreich wurde durch die Leistungen seiner Menschen zu einem besonders wohlhabenden und schönen Land, auf das wir alle sehr stolz sein können.

Viele gesellschaftliche Entwicklungen und die Situation rund um unser Land sind aber derzeit von Umbruch und Unsicherheit gezeichnet. Wir Österreicher brauchen daher in der Politik nicht nur zuverlässige Konzepte zur Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen, sondern auch ein neues Verständnis von den geistigen Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Als politische Kraft der Mitte muß sich unser Handeln in der Regierung daran orientieren, was den Menschen ein "zu Hause" vermitteln kann.

Für die Politik der Volkspartei ist unsere Heimat der sichere Bezugsraum unseres Handelns.

Wir wollen erreichen, daß niemand Angst zu haben braucht. Wir wollen Österreich als ein Zuhause bewahren, damit wir auch in Zukunft Orientierung und Geborgenheit in unserer geistigen, kulturellen und geschichtlichen Identität finden können.

Diese gesellschaftliche Mitte ist für die Mehrheit der Menschen der Angelpunkt in Gesellschaft und Politik.

Dort liegen die tiefen Wurzeln unseres Selbstbewußtseins, unserer Kultur, der Werte, unseres gesamten Verständnisses von Leistung und damit auch unseres Wohlstands. Die Mitte bildet das Rückgrat der Gesellschaft, sie ist das Zentrum der politischen Kraft. Die Mitte verschafft den Überblick! Die Mitte ist gegen das Ausweichen der extremen Ränder in Politik und Gesell-

Heimat

schaft, sie will den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen. Die Mitte verlangt Verlässlichkeit, Stabilität und soziale Gerechtigkeit.

In der **Unübersichtlichkeit und Entfremdung**, die von so vielen Menschen mit Recht beklagt wird, müssen wir daher den **Raum unseres Lebens sichern**, neu gestalten, die **Mängel**, unter denen manche von uns leiden, **abbauen**. Wenn wir nicht haben wollen, daß unsere soziale Stabilität zerbricht, sich die Bezugsrahmen unseres gesellschaftlichen Lebens auflösen, unsere politischen Handlungen in gefährliches Chaos umkippen, benötigen wir Bezugspunkte, an denen wir uns orientieren können. Das Bedürfnis der Menschen nach Werten, nach Über-schaubarkeit, Sicherheit und der Verlässlichkeit in der Politik ist in den letzten Jahren stark herausgefordert worden.

Viele Gewißheiten gelten nicht mehr. Eine tiefgreifende innere Entfremdung von den Familien, Schulen, den wichtigen Institutionen der Gesellschaft, der Politik und Religion macht sich breit. Die äußere politische Ordnung in Europa hat sich seit 1989 völlig verändert. Allein in unserer näheren geographischen Umgebung sind an die 20 neuen Staaten entstanden. Viele davon sind in ihrer inneren Sicherheit von neuen Despoten und alten fanatischen Ideen bedroht. Und viele wissen nicht, was aus Europa noch werden kann.

Mehr noch: Das Leben schlecht-

hin, oder besser, das menschliche Überleben und das der Natur ist mehr denn je in die Verantwortung von uns Menschen gelegt. Diese Verantwortung muß uns nicht nur bewußt werden, sondern die Politik ist herausgefordert, gleichzeitig auf allen Ebenen - lokal, national und international - neue Strukturen zu finden, damit wir Menschen diese Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmen können. Unser gesamtes Zusammenleben - lokal und global - ist davon betroffen.

Die Größe all dieser Herausforderungen darf uns aber nicht mutlos machen. Vor lauter Bäumen müssen wir den Wald erkennen. Die überschaubaren Strukturen, die wir selbst bewältigen können, liegen in unserer eigenen Heimat.

Das sind die Gründe, warum wir in der Volkspartei wieder von Werten sprechen. Und diese Werte können nur wachsen, wenn sie von den Menschen in den überschaubaren Beziehungen des Lokalen und Regionalen gelebt werden. Werte können für den Menschen ohne den Raum, den wir Heimat nennen, keine Lebendigkeit erfahren.

Wenn wir von Heimat sprechen, meinen wir Österreich mit seinen Ländern, Regionen, Städten und Dörfern. Diese vielfältigen Räume und Orte sind die Punkte, wo wir unsere Mitsprache und Mitgestaltung konkret erleben. Dort liegen die geistigen und moralischen Bindungen an

unsere Mitmenschen. Heimat sind die Menschen, mit denen wir unsere Beobachtungen, Erfahrungen, Sorgen, unser Wissen um die Geschichte und Kultur sowie den wirtschaftlichen und natürlichen Reichtum teilen. Heimat bedeutet daher die Humanisierung der Gesellschaft, der Politik, der wirtschaftlichen Strukturen. Heimat ist die menschliche Ordnung, in der wir uns zurechtfinden, das menschliche Maß in einer großen Welt. Heimat ist dort, wo die eigenen Gewohnheiten von den anderen als selbstverständlich verstanden werden. In der Heimat braucht sich niemand zu fürchten.

Heimat verlangt nach der demokratischen Übereinstimmung, mit welchen Werten wir in Zukunft zusammenleben, miteinander auskommen wollen.

Heimat ist daher die Überwindung von Entfremdung, Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit.

In einer Welt der anerkannten Vielfalt von Lebensformen und Lebensentwürfen, die aber gleichzeitig von sozialer Relativität, Kritik und Gegensätzlichkeit geprägt zu sein scheint, ist die politische Frage nach dem, was als "gemeinschaftlich" empfunden wird, von zentraler Bedeutung. Heimat bietet die Antwort auf das, was in der Demokratie das Streben nach dem Gemeinschaftlichen verkörpert. Heimat bedeutet demokratische Lebensform, in der wir unsere gesellschaftliche Realität auf den

Grundlagen von Freiheit, Gleichheit und der Menschenrechte weiterentwickeln.

Unser Verständnis von Heimat ist modern und aufgeklärt

Wir wissen um den Mißbrauch und die Abgründe, die sich mit dem Begriff Heimat in unserer Geschichte verbinden. Wir wollen Heimat nicht in Frakturschrift an die Wände malen. Wir verstehen darunter auch nicht die Ideologie des Nationalismus, die das subjektive Bedürfnis der einzelnen Menschen nach Geborgenheit und kultureller Identität in eine Uniform steckt, auf Befehl alles gleichmacht, und im strengen Gleichschritt gegen das Fremde und Andere aufhetzt.

Aus historischer Erfahrung wissen wir aber auch, daß die Ideologie der sozialistischen Bürokratie dem Verlangen der Menschen nach Werten, Geborgenheit und kultureller Identität nicht entsprechen kann.

Wir verstehen unter Heimat auch nicht das oberflächlich Folkloristische. Es geht uns nicht um die Verherrlichung des Vergangenen, um damit der Gegenwart zu entfliehen. Wir reden nicht vom dem, was uns vielleicht gegenüber dem Fremden ruhmvoll abheben soll.

Wir glauben vielmehr, daß Werte und Heimat von den Menschen in einem ständigen Spannungsfeld zwischen Bewahren und Fortschritt, **Stabilität und Mobilität, Individualität und**

Gemeinschaft, Partikularität und Universalität empfunden werden.

Sie deuten nicht auf die Vergangenheit, sondern unterliegen der ständigen Anpassung und Bewegung. Unser Verständnis von Werten und der Heimat ist zeitgemäß, emanzipiert, mündig und aufgeklärt. Eine Heimat muß die politische Mitte, Fortschritt, Dynamik, Europa, unsere Nachbarn, die ausländischen Mitbürger und die Menschen auf Flucht miteinschließen. Wir wollen den Heimatlosen unter uns wieder Heimat geben. Heimat ist für uns Lebensmöglichkeit.

Was wir als Kraft der Mitte mit Heimat meinen, ist der legitime Lebensanspruch jedes Menschen, eine Voraussetzung jeder funktionierenden Gesellschaft. Wie eng oder wie weit jeder für sich diesen Kreis der Heimat zieht, in wie vielen konzentrischen Kreisen sich jemand beheimatet fühlt, wollen wir nicht bestimmen. Glücklicherweise Mensch, der viele "Heimaten" kennt, der in vielen Bezugsrahmen zu Hause ist. Aber unglücklich der Mensch, dem alles fremd geworden ist, der sich nirgendwo zu Hause fühlt.

In allen Veränderungen des gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens müssen wir versuchen, einen solchen lebendigen, erlebbaren und lebhaften Bezugsrahmen aufzubauen, in dem Zugehörigkeit, selbstverständliche Einbindung und Geborgenheit möglich sind.

Heimat ist daher für die Volkspartei als politische Kraft der Mitte

- **Österreich in der Vielfalt seiner Landschaften**
- **Österreich in Europa**
- **Österreich mit seinen Städten und Dörfern.**

Heimat ist für uns

- **Kultur und Geschichte**
- **Bildung**
- **Natur**
- **Freiheit und Toleranz**
- **Sicherheit und Solidarität**
- **und die Verantwortung des selbstbewußten Bürgers.**

Heimat ist Österreich in der Vielfalt seiner Landschaften

Heimat ist Österreich, das durch seine Bundesländer und Regionen besteht.

In dieser Vielfalt und Eigenständigkeit wurzelt die Kraft dieses Landes. Das Gefühl der Geborgenheit der Menschen entsteht dort, wo sie unmittelbar zu Hause sind, unerheblich, ob in einem Dorf, in einer Stadt oder Bundesland. Heimat ist dort, wo die Menschen ihre Wurzeln haben, auf die sie vertrauen können.

Die Volkspartei schöpft wie keine andere Partei in Österreich ihre politische Kraft aus den Landschaften Österreichs.

In sieben Bundesländern tragen wir mit unseren Landeshauptmännern die politische Verant-

Heimat

wortung. Wir wissen daher Bescheid über die kulturellen, über sozialen und wirtschaftlichen Sorgen und über die Empfindlichkeiten der Menschen in Österreich. **Die Volkspartei ist die Österreichspartei.** Unser Verständnis von Politik verlangt daher die **Stärkung der politischen Rechte der Länder** und Regionen, um den Menschen mehr Möglichkeit der **unmittelbaren Mitsprache und Beteiligung an der Lösung ihrer Lebensprobleme** zu geben. **Bundesstaatlichkeit, subsidiäre Zuständigkeiten** und eine **neue Verteilung der staatlichen Aufgaben** zugunsten der kleinen staatlichen Einheiten sind nicht nur zeitgemäß, sondern entsprechen dem **elementarem Bedürfnis nach Mitverantwortung und Mitentscheidung.**

In den Ländern und Regionen liegt ein enormes politisches Erneuerungspotential für unsere Gesellschaft und die Politik. Dort können die Bürger wieder "politisch" und "verantwortlich" werden. Dort liegt der Ort, wo die Menschen gegen Fremdbestimmung und bürokratische Bevormundung durch zentrale Behörden und anonyme politische Strukturen am wirksamsten ihren Einfluß geltend machen können.

Heimat ist Österreich in Europa

Das neue Verständnis von Heimat fordert neben dem partikularen Bekenntnis zu den Ländern und Regionen gleichzeitig ein universales Bekennt-

nis zu Europa. Österreich als Staat ist selbst ein Beispiel dafür, wie sich die Vielfalt in der staatlichen Einheit trifft und zum neuen Ganzen wird. Österreich wiederum ist einer der tragenden und verbindenden Teile des größeren Europa. Unsere eigene Identität geht dabei nicht in einem kulturell gesichtslosen Einheitsseuropa verloren. Im Gegenteil: Europa selbst gewinnt seine eigene Identität erst mit Österreich. Ein Europa ohne Österreich und ein Österreich ohne Europa sind undenkbare Vorstellungen, die weder für Österreich noch für Europa Sinn ergeben.

Unser Heimatbewußtsein schließt mit ein, daß die neue Verteilung der politischen Aufgaben zu internationalen und überregionalen Strukturen der Problemlösungen führen muß. Das Interesse an "Weltpolitik" beginnt zwar im Bundesland und der Region, kann dort aber nicht enden. Die weltweiten Umweltprobleme, die globale Friedensordnung, der Welthandels- und die europäische Sicherheitspolitik machen an unseren Grenzen nicht halt und verlangen internationale Zusammenarbeit. **Österreichs staatliche Sicherheit und die Interessen seiner Menschen finden daher mit unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ihre sichtbare Entsprechung.** Die überzeugende Entscheidung der Österreicher für Europa war richtig, denn wir können unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität angesichts des hohen Grads an internationaler Verflechtung

ohne aktive Teilnahme am europäischen Prozeß der Integration nicht sichern. Ein modernes Heimatbewußtsein der Österreicher schließt daher für uns Europabewußtsein in sich ein. Aus der Kraft unserer Geschichte und aus der Kraft unserer Kultur sind wir ein unzertrennlicher Teil der gemeinsamen europäischen Zivilisation. **Wir können nicht im Abseits stehen bleiben, ohne unsere politische, kulturelle und ökonomische Bedeutung zu verlieren.**

Heimat sind unsere Städte und Dörfer

In unseren Städten und Dörfern verlangen die Menschen nach Lebensräumen, die Wohlbefinden, Sicherheit und ein Gefühl der Geborgenheit vermitteln. Die moderne Betonung der Funktionalität hat den Stadtraum in der Vergangenheit vielfach "seelenlos" werden lassen. Wir brauchen daher wieder Räume und Einrichtungen, in denen sich die kulturellen und historischen Selbstbildnisse der Städte und Dörfer aufspüren lassen. Eine moderne Politik der Mitbestimmung der Bürger muß der Stadtplanung und Architektur den Auftrag vermitteln, eine Planung des Verkehrs und des Bauens zu entwickeln, die unsere Städte wieder zu einem Zuhause werden lassen. Sie müssen der Ästhetik, dem lebendigen Raumempfinden und den emotionalen Lebensbedürfnissen der Menschen gerecht werden. Die moderne Stadt braucht Räume des geistigen Atmens, um nicht zu deprimierenden Zonen der

sozialen Hoffnungslosigkeit zu verkommen. Stadt als Heimat braucht darüber hinaus unmittelbare Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der Nachbarschaften.

In den Städten Österreichs konzentrieren sich die großen und wichtigen **kulturellen Einrichtungen mit Weltbedeutung**, die sich alle einem dynamischen Prozeß der Erneuerung aussetzen müssen. Diese Vielfalt an Museen und Theatern stellt gleichsam die Zeugen unseres geistigen Reichtums und die wesentlichen Träger der kulturellen Identität dar, die von den Menschen im Land ständig errungen werden muß. **Die Initiativen zur Erneuerung der Museen** ist für uns daher Ausdruck der erlebten Heimat!

Die Städte werden aber nur zur Heimat, wenn die Menschen in ihren Nachbarschaften und Wohnblöcken aufeinander zugehen, sich miteinander vertrauen und füreinander Verantwortung tragen. Die manchmal willkommenen Möglichkeiten der individuellen Anonymität in der Stadt sollen dem Gefühl der Gemeinsamkeit nicht entgegenstehen.

Unsere Dörfer brauchen besondere Aufmerksamkeit: Erst durch die gezielte **Dorferneuerung** kann die kulturelle und wirtschaftliche Lebensfähigkeit von gesunden Gemeinden ermöglicht werden. Vieles ist auf diesem Gebiet bereits geschehen; vieles hat noch zu geschehen. Wichtig erscheint uns das kulturelle und wirtschaftliche Leitbild,

das sich die Bürger in den Kommunen gemeinsam erarbeiten sollen, um damit ihre Zukunft gemeinsam zu meistern.

Heimat bedeutet Familie

Heimat ist dort, wo jemand aufwächst, erwachsen wird und die ersten Schritte ins Leben setzt: Die Familie ist der Ort, in der die aufeinanderfolgenden Generationen partnerschaftlich zusammenleben und jeweils füreinander die Verantwortung tragen.

Familien ermöglichen jene notwendige Geborgenheit und Erziehung, in der sich die individuelle Persönlichkeit, tragfähige zwischenmenschliche Beziehungen und soziale Verantwortung entwickeln können. Ehe und Familie sind daher die Gegenpole zur zunehmenden Isolierung des Individuums in der Gesellschaft.

Mehr denn je wollen wir daher die Familien als die wichtigste Einheit der menschlichen Gesellschaft fördern und schützen. Für die Volkspartei steht die Familie als bester Garant für eine erfolgreiche Zukunft aller Menschen in unserer Heimat im Mittelpunkt unserer Politik.

Heimat bedeutet Kultur und Geschichte

Heimat ist dort, wo jemand um die Bedeutung der Kultur und Geschichte weiß, wo jemand gelernt hat, in welchem Verhältnis er zu seiner kulturell und geschichtlich gewachsenen Umgebung steht.

Heimat bedeutet, daß die Verknüpfung am besten dort aufgenommen ist, wo die Menschen zusammenkommen, um miteinander zu reden. Der Politik fällt dabei die Aufgabe zu, diese Orte der Begegnung, des Gesprächs, der Kommunikation zu ermöglichen. Kultur besteht aus Traditionen, alten und neuen Denkmälern, Trachten, Liedern, Erzählungen und Geschichten, aus dem, was die Menschen essen und trinken. Österreichs reiche Kulturlandschaft, das "Klöster- und Schlösserreich", unsere Bauten aus Vergangenheit und Moderne, sie alle sind die sichtbaren Zeugen unserer Identität.

Heimat bedeutet Bildung

Ein modernes Bewußtsein von Heimat verlangt nach Bildung, ohne die eine Vorstellung von den vielen möglichen Heimaten nicht erreicht werden kann.

Nur in einer aufgeklärten Gesellschaft ist Heimat überhaupt möglich. Die Qualität dieser lebenslangen Bildung bestimmt, in wie vielen geistigen Heimaten jemand zu Hause sein kann. Das Bereithalten und Ermöglichen von Bildung zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Politik!

Daher brauchen wir die ständige Anstrengung, hervorragende Bildungsmöglichkeiten, die "geistigen Bibliotheken" in den Regionen und Städten, die erlauben, sich selbst in der eigenen Nachbarschaft das Rüstzeug für die Anforderungen der Welt anzulegen.

Heimat

Wir brauchen Orte, an denen die Menschen all das finden, was ihre Kultur entschlüsselt, ihnen moderne Kulturtechniken erschließt und die vielen Wege zum Wissen der Gegenwart eröffnet.

Das Wahrnehmen der selbständigen Lebenschancen hängt in unserer Zeit gerade für die jungen Menschen im hohen Maß mit der Qualität der Bildung zusammen. Heimat ist somit dort, wo den Menschen diese Chancen ermöglicht werden, wo durch Lernen und Wissen die Emanzipation gefördert wird.

Österreich war und ist Heimat der Wissenschaften. Viele der Großen dieses Jahrhunderts, wie die zahlreichen österreichischen Nobelpreisträger, sind aus unseren Schulen und Universitäten hervorgegangen. Heimatbewußtsein ist für uns daher die Förderung der allgemeinen Bildung, sowie von Wissenschaft, Forschung, Entwicklung und Innovation.

Heimat bedeutet Natur

Heimat ist dort, wo Mensch und Natur zu einer harmonischen Beziehung finden.

Durch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist das Leben nicht mehr selbstverständlich. **Wir tragen Verantwortung dafür, wie die Natur als natürlicher Lebensraum für die Kinder und die kommenden Generationen aussieht.**

Heimatliebe äußert sich darin, dieser Erkenntnis Taten folgen zu lassen. Wir haben bereits

bisher durch unsere Politik bewiesen, daß wir diesen Auftrag sehr ernst nehmen und wissen, wie Natur und Umwelt wirksamvoll geschützt werden können.

Die Prinzipien der Ökosozialen Marktwirtschaft zielen alle auf eine humane und ökologische Gestaltung unseres Lebensraumes, in dem sich die Menschen wohlfühlen können und in dem jeder Mensch aus sich machen kann, was er sich vorgenommen hat. Österreich ist durch die Verantwortung der Volkspartei zum international anerkannten Umweltmusterland geworden.

Wir sind es daher, die zuerst die Initiativen setzen, um später für andere als Vorbild zu dienen.

Die besonderen Schönheiten der Landschaften Österreichs sollen für die zukünftigen Generationen in Nationalparks geschützt werden.

Heimat bedeutet Freiheit und Toleranz

Heimat ist dort, wo jeder sein kann, wie er wirklich ist, wo jeder gelernt hat, mit dem kulturellen und geschichtlichen Erbe umzugehen und die Erfahrung gemacht hat, sich gleichzeitig von diesen Strukturen zu emanzipieren.

Heimat verlangt die Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Heimat ist nicht Enge, in der keine Luft für das freie Atmen des Geistes besteht.

Heimat ist Tiefe! Die Heimat selbst muß ihr Interesse an den mündigen Mitmenschen anmelden. **Heimat ist also dort, wo der Mensch zum Mittelpunkt der Politik wird, zu ihrem Ausgangspunkt, Träger und Ziel.**

Heimat schließt mit ein, daß die Vielfalt an Lebensstilen und Herkunftstraditionen einer offenen Gesellschaft Anerkennung finden. Toleranz ist offene Mitmenschlichkeit und nicht nur die Duldung abweichender Überzeugungen.

Heimat bedeutet Sicherheit und Solidarität

Heimat verlangt nach Geborgenheit und sozialer Sicherheit in einem sozialen Staat. Heimat kann nur entstehen, wenn die Vielen Solidarität mit den Wenigen zeigen, die aus eigener Kraft zu schwach sind, ein menschenwürdiges Leben zu unterhalten.

In der Heimat müssen daher auch ältere Menschen arbeiten können und Jugendarbeitslosigkeit erkannt werden. Heimat finden die Menschen dort, wo sie sich darauf verlassen können, daß sie entsprechende Hilfe finden, sollten sie krank werden oder in Not geraten. Heimat ist somit das Gefühl der Sicherheit, daß man mit vielen in einer gemeinsamen Welt lebt und das Gemeinschaftliche erhält oder wiederfindet. Heimat bedeutet daher, daß die eigenen Ziele übereinstimmen mit den Zielen,

die wir als Gesellschaft gemeinsam verfolgen.

Heimat verlangt die Verantwortung des selbstbewußten Bürgers

Unsere Heimat ist der demokratische Rechtsstaat. Die Tradition der Aufklärung verlangt den mündigen Bürger, der von sich aus bereit ist, Verantwortung für das Wohl der Gesellschaft und des Staates zu übernehmen. Heimat lebt von dieser Bürgerpflicht!

Diese offene Haltung gegenüber dem Gemeinsamen ermöglicht erst soziale und politische Stabilität.

Unser politisches Verständnis vom Verantwortungsbewußten Bürger schließt mit ein, daß wir eine Politik der **Mitbestimmung** und der möglichst hohen **Selbstverwaltung** verfolgen. Der Staat und seine Verwaltung haben dabei bürgerfreundlich zu sein und dürfen die Eigeninitiativen der Bürger nicht behindern.

Das heißt, daß der Staat nicht als Unternehmer aufzutreten hat, die Verwaltung reformiert werden muß, Gesetze überschaubar sein müssen und ständig auf ihren Nutzen hin überprüft werden sollen. Gelungene Heimat ist das Zuhause des demokratischen Bürgers, der selbstbewußt um seine **Rechte** und **Aufgaben in der Gesellschaft** weiß. **Demokratiereform, Rechtsreform, Dezentralisierung** sind alles Elemente unserer Politik, die sich vom Gedanken

inspirieren läßt, daß Österreich erlebbare und erlebte Heimat sein muß.

Als politische und gesellschaftliche Kraft bekennt sich die Volkspartei zu den Werten der österreichischen Kultur und schöpft ihre Kraft aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft, ohne das kein friedliches Miteinander in der Gesellschaft möglich ist.

Wir beobachten mit großer Besorgnis die mangelhafte Zustimmung, die diese Werte - die Achtung der Freiheit, die Unverletzlichkeit der anderen Person oder die Unantastbarkeit des anderen Eigentums, das Bekenntnis zu Leistung und Verantwortung, Toleranz und Nächstenliebe - vielfach erfahren.

Die Volkspartei steht aber für eine politische Kultur, die aus diesen Werten ihre Kraft schöpft.

Denn nur in diesem ethischen Bewußtsein wird Heimat als Raum erlebbar, in dem wir zu Hause sind, unsere Wurzeln haben und unser Leben nicht in der Enge, sondern der Tiefe des Bewußtseins von der eigenen Herkunft leben.

Heimat ist für uns Raum für neue Politik!

Heimat verlangt Verantwortung für das eigene Land!

Inhalts- verzeichnis

Präambel

1. **Wirtschaftsstandort Österreich**

- 1.1. Budget und Steuern
- 1.2. Ausbildung und Qualifikation
- 1.3. Arbeitszeit und Arbeitskosten
- 1.4. Forschung und Technologie
- 1.5. Infrastruktur
- 1.6. Österreich und Europa
- 1.7. Dynamischer Finanzplatz Österreich

2. **Gesunder Mittelstand - Leistungsfähige Industrie**

- 2.1. Klein- und Mittelbetriebe als Motor der Wirtschaft
- 2.2. Rahmenbedingungen für Österreichs Industrie
- 2.3. Privatisierung
- 2.4. Verstaatlichte Industrie
- 2.5. Gesunde Landwirtschaft
- 2.6. Tourismus und Freizeitwirtschaft

Der Erhard Busek **Wirtschaftsplan** zur Schaffung von 125.000 Arbeitsplätzen

Wirtschaft und Arbeit für Österreich.

nützen und neue sichere Arbeitsplätze für die Menschen in Österreich zu schaffen.

Wir treten daher mit dem Erhard Busek - Wirtschaftsplan der Strukturkrise der heimischen Wirtschaft entschlossen entgegen und unterstützen den neuen Wirtschaftsaufschwung in Österreich. Wir werden Österreich dauerhaft auf den wirtschaftlichen Wachstumspfad zurückführen.

Mit unserem Bündel an wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden wir in den nächsten vier Jahren ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 2 Prozent erreichen. Damit können bis 1998 insgesamt 125.000 neue Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Land geschaffen werden.

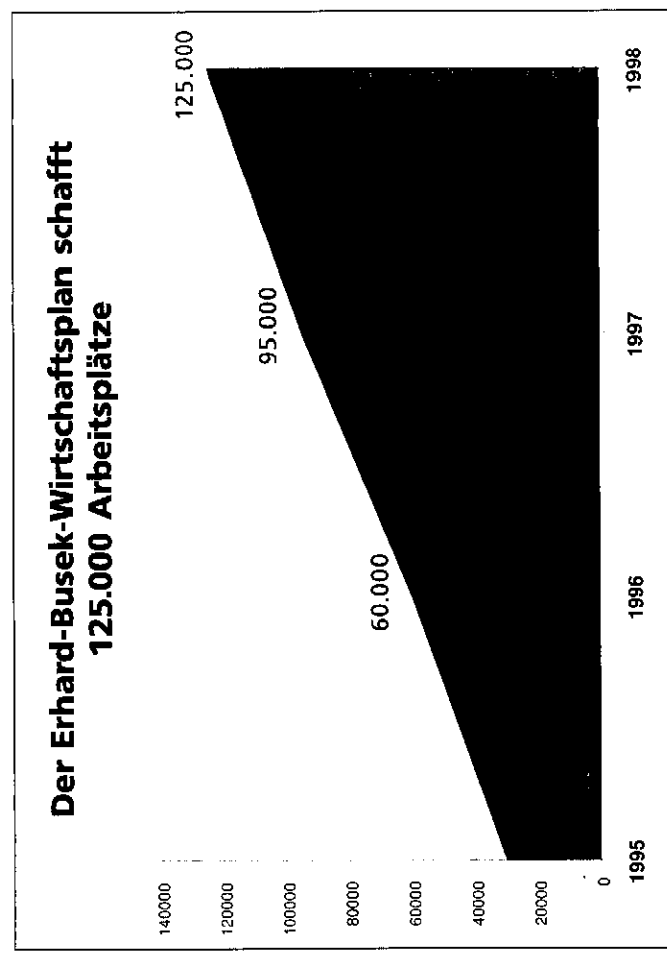
Die Europäische Integration, die Ostöffnung, die europäischen Währungsturbulenzen sowie die internationale Konjunktur- und

Menschen ohne Arbeit. 1994 wird sich unsere Wirtschaft wieder leicht erholen und wahrscheinlich um 2 % wachsen. Ohne zusätzlich Maßnahmen würde jedoch die hohe Arbeitslosigkeit nicht wirkungsvoll bekämpft werden können.

Jetzt geht es daher darum, den wirtschaftlichen Aufschwung zu

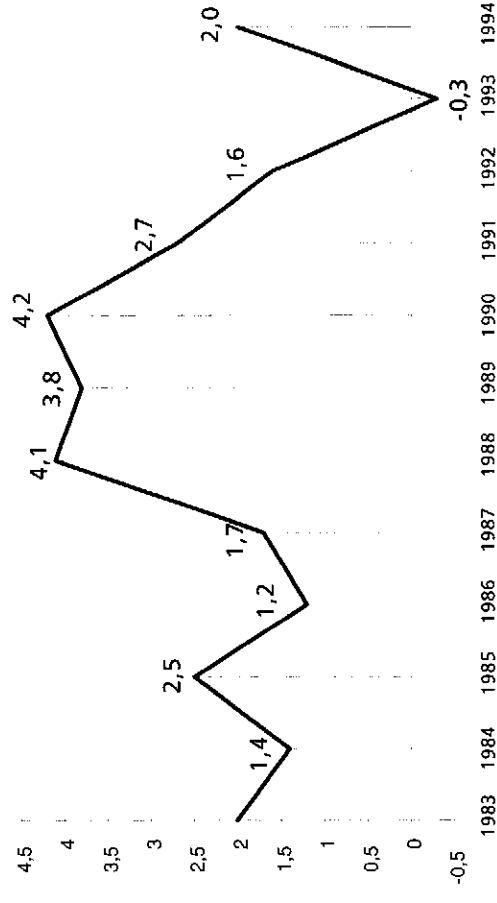
Am 12. Juni 1994 hat die österreichische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit entschieden, daß unser Land mit Beginn des kommenden Jahres der Europäischen Union beitreten wird. Das bedeutet für uns Österreicher, für unsere Wirtschaft und für unsere Arbeitsplätze neue Chancen aber auch neue Herausforderungen. Die Österreichische Volkspartei will dabei die Chancen Österreichs nutzen um daraus Vorteile für unsere Bürger und für unsere Wirtschaft zu machen. Dazu benötigen wir dringend einen Wirtschaftsplan mit einer Neuorientierung unserer Wirtschaftspolitik.

Derzeit erholt sich die österreichische Wirtschaft langsam aus der Struktur- und Konjunkturkrise des vergangenen Jahres. Als Folge des schweren weltweiten Wirtschaftseinbruchs waren voriges Jahr in Österreich im Jahreschnitt mehr als 220.000



Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



- für soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplatzsicherheit
- für den Schutz der Umwelt und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan gibt im vorliegenden Programm konkrete Antworten zu den aktuellen Problemstellungen:

- Unsere Wirtschaftspolitik hat vor allen anderen auf die **Europäische Integration** gesetzt und den EU-Beitritt durchgesetzt.
- Unsere Wirtschaftspolitik hat auf einen **schlanken Staat** gesetzt und ein Umdenken in Richtung Privatisierung, Entbürokratisierung, Ausgliederungen von Eigenleistungen und modernes Verwaltungsmanagement eingeleitet. Die ÖVP ist von der Überlegenheit privatrechtlicher Strukturen in weiten Bereichen des öffentlichen Sektors überzeugt.
- Unsere Wirtschaftspolitik hat auf den **Ausbau der Partnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer** gesetzt. Gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmer sind die Stütze der österreichischen Wirtschaft. Die Volkspartei hat sich durchgesetzt und in der zweiten Etappe der Steuerreform die Möglichkeit zur begünstigten Beteiligung der Mitarbeiter an Unternehmen geschaffen.

Strukturflaute stellen Österreich vor grundlegend neue Herausforderungen. Unsere Wirtschaft liegt an der Schnittstelle dieser Entwicklungen und ist davon in besonderem Maße betroffen.

Daher müssen wir jetzt handeln, um der österreichischen Wirtschaft in dieser schwierigen Zeit offensiv zur Seite zu stehen. Arbeitslosigkeit wird von uns nicht akzeptiert. Wir werden mit unserem Wirtschaftsplan neue und sichere Arbeitsplätze für Österreich schaffen.

Im Erhard Busek-Wirtschaftsplan stehen daher:

- die dauerhafte Schaffung und Absicherung von Arbeitsplätzen
- der weitere Ausbau eines attraktiven Wirtschaftsstandortes Österreich
- die Erhaltung der sozialen Sicherheit
- der nachhaltige Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und

die umfassende Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Handelns.

Wir setzen dabei auf:

- Leistung und Motivation,
- Ideen und Phantasie,
- Mobilität, Flexibilität und persönliche Initiative,
- Gestaltungsspielraum und Eigenverantwortung,
- Qualität und Umweltbewußtsein,
- Strukturerneuerung und Wettbewerbsfähigkeit.

Das Fundament unserer Wirtschaftspolitik ist die Ökosoziale Marktwirtschaft. Sie fördert Leistungsfreude und unternehmerische Gestaltungskraft, um dreifach Verantwortung zu tragen:

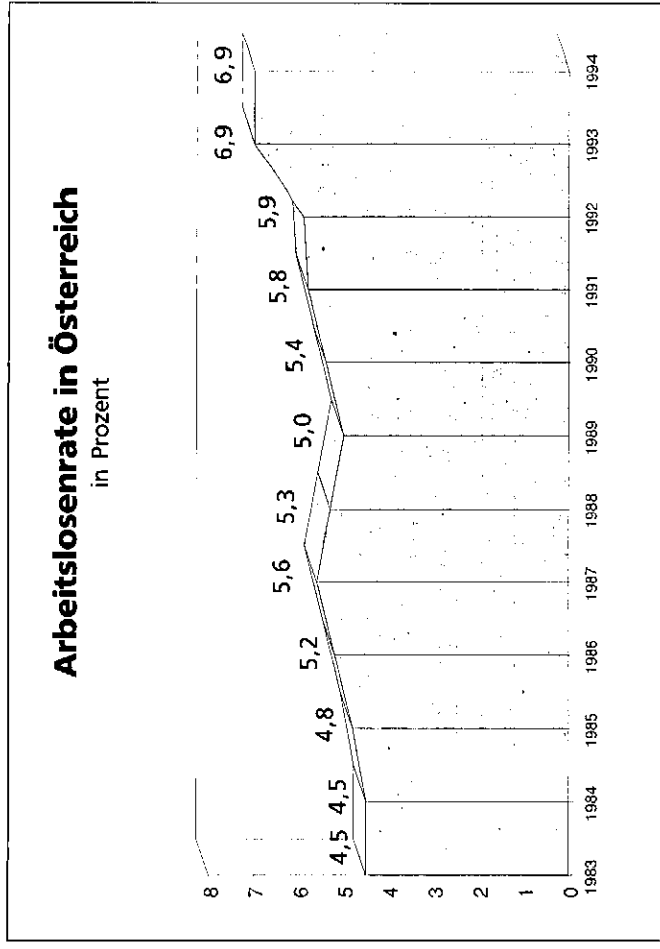
- für Wohlstand und nachhaltiges Wachstum

■ Unsere Wirtschaftspolitik hat auf eine langfristig verantwortliche Politik gesetzt und deshalb eine **Trendwende in der Budgetpolitik** eingeleitet. Deficit Spending und Austro-Keynesianismus der Ära Kreisky-Androsch haben zu dramatischen Vorbelastungen für Jahrzehnte geführt.

■ Unsere Wirtschaftspolitik hat **in der Steuerpolitik auf Leistungsmotivation und soziale Verantwortung** gesetzt und deshalb die größten Steuerentlastungen der 2. Republik durchgesetzt. Statt Progressionsverschärfung und Umverteilung muß sich Leistung wieder lohnen. Nur in ertragsstarken Unternehmen gibt es dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Unter allen OECD-Staaten hat Österreich eine der niedrigsten Steuerbelastungen für Österreichs Unternehmen, und dies ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Standortes Österreich.

■ Unsere Wirtschaftspolitik hat **in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik auf Flexibilität, Effizienzsteigerung und Mißbrauchs-Kontrollen** gesetzt. Sie will eine Strukturreform der Arbeitsmarktwertung und flexiblere Arbeitszeitformen.

Die Neuordnung Europas und die internationale Rezession verlangen eine klar definierte Wirtschaftspolitik, welche Österreich auf den Wachstumspfad zurückführt.



Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan präsentiert dafür die Lösungsansätze und beinhaltet folgende zehn Schwerpunkte zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich:

- ▶ Durchführung der Budget-Konsolidierung
- ▶ Fortsetzung der steuerlichen Entlastungspolitik
- ▶ Umsetzung einer umfassenden Qualifikationsoffensive
- ▶ Zeitgemäße Flexibilisierung der Arbeitszeit
- ▶ Innovationsstärkung durch Verdoppelung der Forschungsmittel
- ▶ Stärkere Teilnahme unserer Wirtschaft am europäischen Wettbewerb
- ▶ Bündelung und Neuausrichtung der öffentlichen Fördermittel
- ▶ Forcierung einer modernen Infrastrukturpolitik
- ▶ Verbesserung des Umfeldes zur Gründung neuer Unternehmen
- ▶ Weiterführung des erfolgreichen Privatisierungskurses.

1. Wirtschaftsstandort Österreich

verbesserte Kontrolle und eine gezielte und bedarfsorientierte Überprüfung des Leistungskataloges langfristig abgesichert wird,

1.1. Budget und Steuern

Budget

Die Österreichische Volkspartei ist überzeugt, daß ein konsolidierter Staatshaushalt das notwendige Fundament einer verantwortungsbewußten Politik darstellt.

Für unsere Wirtschaftspolitik ist daher eine Fortsetzung des wirtschafts- und arbeitsplatzsichernden Konsolidierungskurses unumgänglich. Eine nachhaltige Gesundung der österreichischen Staatsfinanzen ist nur möglich, wenn die Sparsinnung von der gesamten Bundesregierung, den Ländern und den Sozialpartnern getragen wird.

Im Regierungsübereinkommen 1991 wurde dieser Konsolidierungskurs neuerlich bestätigt. Trotz der konjunkturbedingten Verzögerung des Jahres 1993 kann man seit 1986 von einem signifikanten Sanierungsschritt des Staatshaushaltes sprechen. Bei einem Abgehen vom Sanierungskurs wären Zweifel an der Glaubwürdigkeit und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Österreichs nicht auszuschließen, und in weiterer Folge auch die Stabilität des österreichischen Schillings in Frage gestellt.

Nach wie vor sind die großen strukturellen Probleme des österreichischen Staatshaushaltes nicht vollständig gelöst (Bsp. Gesundheitswesen, ÖBB, Arbeitsmarktwirtschaft, Schule).

Wenn Österreich nicht - ähnlich manchen internationalen Beispielen - unvorbereitet auf plötzlich aufbrechende Finanzierungslücken reagieren will, muß die vernünftige Sparpolitik fortgesetzt werden.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan tritt daher dafür ein, daß:

- das Ziel der **Reduktion des Nettoabgangs auf 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts** (BIP) bis 1996 konsequent weiterverfolgt wird,
- die Sanierung der öffentlichen Haushalte durch entsprechende **Reorganisations- und der Verwaltung** wirksam unterstützt wird,
- das jährliche "Aushandeln" und ein ausschließlich an Salden-Denken orientiertes Budgetkonzept durch **Schwerpunktsetzungen in offensiven Bereichen**, wie etwa Bildung, Forschung und Infrastruktur, ersetzt wird,
- die **Gerechtigkeit der Sozialpolitik** durch klare Anspruchsvereinbarungen,

- **Mehrausgaben in zukunftsorientierten und offensiven Bereichen** durch Zurücknahme von Leistungen in anderen, nicht mehr zeitgemäßen Bereichen, budgetneutral finanziert wird,

- durch **Organisationsänderungen im öffentlichen Dienst** das Reagieren des Staates auf neue Aufgaben deutlich erleichtert wird, und daß

- bei öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen **erhöhte Kostentransparenz** geschaffen wird, um einen effizienteren und rationaleren Einsatz von Steuermitteln zu ermöglichen.

Das Staatsbudget ist nicht etwas "Abstraktes", sondern betrifft jeden einzelnen Bürger. Dieser finanziert den Staatshaushalt nicht nur mit seinen Steuern, sondern hat auch Anrecht auf eine sparsame und sinnvolle Verwendung der Finanzmittel zu seinen Gunsten.

Steuern

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan tritt für eine sparsame und verantwortungsvolle Budgetpolitik ein, die Steuererhöhungen verhindert und Spielräume für Steuersenkungen für Wirtschaft und Arbeitnehmer schafft.

Seit 1986 wurden gerade im Steuerrecht eine Vielzahl von Reformen durchgesetzt, die die Handschrift der ÖVP tragen. Es waren dies:

- Die **erste Etappe der Steuerreform**, die - mit Inkrafttreten am 1. 1. 1989 - das größte Entlastungsvolumen für die österreichischen Steuerzahler in der Geschichte der 2. Republik gebracht hat.
- Das **Familienpaket**, durch welches es gelungen ist, Familien mit Kindern spürbar unter die Arme zu greifen und ein Abrutschen von Mehrkinderfamilien unter die Armutsgrenze zu verhindern.

- Die **zweite Etappe der Steuerreform**, die mit 1. 1. 1994 in Kraft getreten ist und deutliche Verbesserungen auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung gebracht hat. Gleichzeitig wurden durch diese Reform auch die Lohn- und Einkommenssteuerzahler weiter spürbar entlastet.

Mit der **Abschaffung der Vermögen- und der Gewerbesteuer** wurde die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich weiter erhöht und damit auch für ausländische Investoren Anreize für ein Engagement in Österreich gesetzt.

Mit der **Pauschalierung von Einkommen- und Umsatzsteuer** für kleine Gewerbebetriebe konnte eine wesentliche Vereinfachung und dadurch eine spürbare kosten-

mäßige Entlastung für diese wichtige Gruppe der österreichischen Wirtschaft durchgesetzt werden. Mit der Schaffung von Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften wurde ein wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung des Eigenkapitalmangels der österreichischen Wirtschaft geleistet.

Mit der **Einführung eines Freibetrages für Mitarbeiterbeteiligungen** konnte ein

Anreiz zur stärkeren Beteiligung von Arbeitnehmern an ihren Unternehmen gesetzt werden. Internationale Vergleiche zeigen die große Bedeutung von Mitarbeiterbeteiligungen, durch die es gelingt, Arbeitnehmer besser zu motivieren und stärker an ihre Unternehmen zu binden.

Die **Erhöhung der Einheitswerte und der Erbschaftsteuer konnte von der ÖVP ebenso abgewehrt werden**, wie die stärkere Besteuerung der Überstunden oder der Nacht-, Schicht- und Schwerstarbeitszulagen.

- Die **Reform der Kapitalertragsbesteuerung**, die mit der Einführung einer 22% Endbesteuerung auf Zinseinkommen alle Besitzer von Sparguthaben von der Verpflichtung zur Entrichtung von Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuern befreit. Kein Österreicher muß mehr fürchten durch den Besitz eines Sparbuchs die Steuerpflicht zu verletzen.

Es geht für die Volkspartei darum, den erfolgreichen Kurs

steuerlicher Entlastungen und Vereinfachungen fortzusetzen, um die Leistungsbereitschaft des einzelnen zu fördern, die Eigenkapitalbasis der Wirtschaft zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich abzusichern.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan schlägt daher folgende weitere Maßnahmen vor:

- Die **Ökologisierung unseres Steuersystems** ist fortzusetzen. Dazu sind weitere Schritte in Richtung einer CO²-Energie-Abgabe bei gleichzeitiger Entlastung der Arbeitskraft ohne Gefährdung des Industriestandortes Österreich und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft vorzunehmen.

- **Neuerliche Tarifreformen** sind durchzuführen, um durch eine Absenkung der Grenzsteuersätze eine weitere Minderung der Steuerbelastung, vor allem der "kalten Progression" zu erreichen.

- Die **Vereinfachung der Lohnsteuerverrechnung** in bezug auf die Einhebungsbehörden, die Bemessungsgrundlagen und die Prüfungsinstanzen ist fortzusetzen.

- Zur weiteren Besserstellung der Familien ist der **Alleinverdienerabsetzbetrag** mit dem Ziel zu **erhöhen**, auch für den nicht berufstätigen Ehepartner das steuerfreie Existenzminimum zu sichern.

1.2. **Ausbildung und Qualifikation**

Die Qualifikation der Mitarbeiter ist, neben Kostenfragen, ein Schlüsselkriterium bei der Beurteilung eines Wirtschaftsstandortes.

Die Wirtschaftspolitik der ÖVP will die Qualität des Wirtschaftsstandorts Österreich nachhaltig festigen und ausbauen. Mehr Qualität auf allen Bildungsebenen ist daher eines der wichtigsten Ziele, wenn es um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs geht.

Möglichkeit zum weiteren Ausbau der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und damit zur dauerhaften Absicherung der österreichischen Arbeitsplätze.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, das hohe Sozial- und Lohnniveau Österreichs und die hohen Standards im Umweltbereich erfordern erhöhte Anstrengungen Österreichs vor allem im Bereich der Qualifikation, der Innovation, der Qualitätssteigerung und der Flexibilisierung. Erfolgreiche Produkte aus Österreich werden sich in Zukunft vor allem an den Kriterien Innovation im Produkt- und Prozeßbereich, hohe

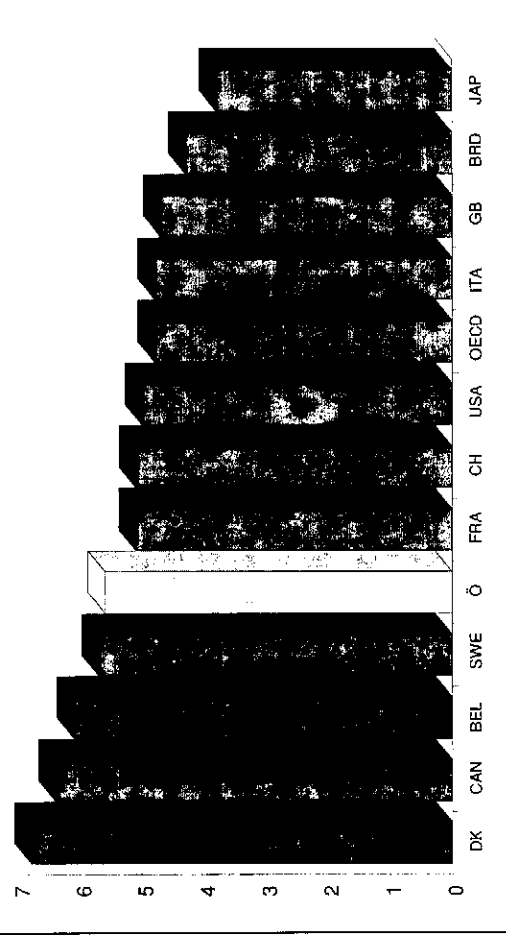
motivieren, die vorhandenen Weiterbildungsangebote anzunehmen und dabei die Schlüsselqualifikationen der Zukunft wie Teamfähigkeit, problemorientiertes Denken oder Fremdsprachen weiter zu vertiefen. In Zusammenarbeit Arbeitgeber - Arbeitnehmer soll dazu das Angebot an Weiterbildungseinrichtungen attraktiver gestaltet werden. Lernen in allen Lebensphasen ist für die Volkspartei das beste Rezept gegen Arbeitslosigkeit.

Konkret fordert der Erhard Busek-Wirtschaftsplan:

- **Berufsbilder und Lehrpläne sind der wirtschaftlichen Entwicklung rascher anzupassen.** Dazu ist eine stärkere Orientierung der Lehrinhalte an den Anforderungen der Betriebe anzustreben.
- **Aus- und vor allem Weiterbildungsangebote für alte und neue Berufe sind zu entwickeln und ohne Zeitverzug umzusetzen.** Dies gilt sowohl für die berufliche, schulische aber auch universitäre Ausbildung, als auch für die betriebliche und überbetriebliche Weiterbildung.
- **Neue postsekundäre Bildungseinrichtungen, wie etwa die neu zu gründenden Fachhochschulen, sollen eine praxisorientierte Ausbildung für Ingenieure und Betriebswirte anbieten,** wobei auf eine adäquate budgetäre Vorsorge zu achten ist.

Bildungsausgaben der öffentlichen Hand

in Prozent des BIP 1992



Die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs erfordert erhöhte Anstrengungen im Bereich von Aus- und Weiterbildung. Die Volkspartei erkennt daher in einer umfassenden Qualifikationsoffensive die beste

Wertschöpfung, hohes Qualitätsniveau, professionelles Marketing und ansprechendes Design orientieren müssen.

Die Volkspartei möchte die österreichischen Arbeitnehmer

- **Private Ausbildungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft kooperieren** oder an denen sich die Wirtschaft direkt beteiligt, sind zu unterstützen.
- In allen Bildungsstufen und Qualifikationsebenen, vor allem auch in fachspezifischen Ausbildungsvorhaben, sind **verstärkt Fremdsprachen** zu vermitteln.
- Die **Lehrerausbildung** ist **verstärkt praxisnah** und an den Erfordernissen der Wirtschaft zu orientieren.

1.3. Arbeitszeit und Arbeitskosten

Arbeitszeit

Trotz langsamen Wirtschaftsaufschwung wird sich die Arbeitslosigkeit ohne zusätzliche Maßnahmen nicht reduzieren.

Die Österreichische Volkspartei sieht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze eine der zentralen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft.

- Das Image der **Facharbeiterausbildung muß deutlich aufgewertet werden**. Die Attraktivität der Lehrlingsausbildung ist durch die Eröffnung - auch vertikaler - Weiterbildungsmöglichkeiten, aufzuwerten. In diesem Sinn ist generell erhöhtes Augenmerk auf die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu richten. Vor allem die Kombinationen Matura und Lehre, Lehre nach Matura sowie Lehre und Fachhochschule sind zu fördern.

Die Österreichische Volkspartei erkennt in der geistigen und geographischen Mobilität, in der Flexibilität und im Mut, die zentrale Leitlinie, sich den Herausforderungen und Chancen des dynamischer werdenden Wirtschaftsgeschehens zu stellen, und die Herausforderungen der europäischen Zukunft gemeinsam zu bestehen.

tes führen. Diese entsprechen auch dem persönlichen Bedürfnis der österreichischen Arbeitnehmer. Ein Großteil möchte weiter aus stärker als dies jetzt möglich ist, Umfang und Lage der Arbeitszeit selbst bestimmen:

Verschiedenen Umfragen zufolge wollen 52 % der Arbeitnehmer je nach täglichem Arbeitsanfall individuell unterschiedliche Arbeitszeiten, bei denen ein Ausgleich innerhalb eines Jahres erfolgt. Immerhin noch fast jeder zweite würde gerne im Sommer kürzer und im Winter länger arbeiten.

Darüberhinaus ermöglicht ein verstärktes und besseres Angebot von qualifizierten Teilzeitarbeitern, ihre Berufs- und Familienaufgaben besser miteinander in Einklang zu bringen. Parallel dazu sind die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen und mehr freiwillige ganztägige Betreuungseinrichtungen anzubieten.

Dabei muß jedoch sichergestellt werden, daß bei der Realisierung von Modellen flexibler Arbeitszeit jeder Mißbrauch ausgeschlossen wird. So sprechen wir uns dezidiert gegen flexible Arbeitszeitformen aus, bei denen der Arbeitnehmer keine Möglichkeit hat, seine Arbeitszeit mitzubestimmen.

Konkret schlägt die ÖVP zur Sicherung der Beschäftigung, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur stärkeren persönlichen Gestaltung der Arbeit

folgende neue Arbeitszeitmodelle vor:

- **Flexiblere Tagesarbeitszeit.** Die maximal erlaubte Tagesarbeitszeit soll von derzeit neun auf zehn (im Einzelfall von zehn auf zwölf) Stunden ausgedehnt werden dürfen. Dieser Spielraum ist notwendig, um bei der Festlegung individueller Arbeitszeiten flexibler agieren zu können. Damit könnten verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern z.B. ihre Wochenarbeitszeit bereits in der Zeit von Montag bis Donnerstag absolvieren und so zusätzliche Freizeit am Wochenende gewinnen.

- **Qualifizierte Teilzeitarbeit.**

Schon derzeit arbeitet jede fünfte Frau auf einem Teilzeitarbeitsplatz, doch ist leider das Angebot qualifizierter Arbeitsplätze nach wie vor gering. Es beschränkt sich hauptsächlich auf Reinigungs-, Handels- und Büroaushilfsberufe. Hier sollte vor allem bei den Arbeitgebern ein Umdenken in Richtung eines umfangreicheren Angebotes an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer und damit besser motivierter Mitarbeiter erfolgen.

- **Jahresarbeitszeitverträge.**

Innerhalb eines Jahres muß rechnerisch die geltende Normalarbeitszeit (maximal 40 Stunden pro Woche, für manche Bereiche bereits weniger) eingehalten werden.

Arbeitskosten in der Industrie

Angaben pro Stunde in Schilling (1992)



Wann und in welcher Bandbreite diese Arbeitsstunden absolviert werden, hängt von den betrieblichen Erfordernissen und den Bedürfnissen des Arbeitnehmers ab, die zu Beginn dieses Vertrages

gemeinsam festgelegt werden sollen. Dabei steht jedoch der Schutz der Arbeitnehmer im Vordergrund, die nicht durch einseitige Regelungen von Seiten des Arbeitgebers benachteiligt werden dürfen. Vorteil dieser Regelung ist, daß die derzeit für Wirtschaftsbereiche wie Bau- oder Tourismusbranche übliche Saisonarbeitslosigkeit wegfällt, und damit auch der Bedarf an Mitteln für Arbeitslosengelder reduziert wird. Dabei muß auch gerechnet werden, in welcher Form die Arbeitnehmer für die mit diesem Modell wegfallende Überstundenbezahlung sowie eventuell geringere Pensionsleistung entschädigt werden, ohne die Arbeitgeber durch

Mehrkosten unzumutbar zu belasten.

- **Bandbreitenmodelle.**

Die Aufteilung der Normalarbeitszeit erfolgt wie bei den Jahresarbeitszeitverträgen, allerdings nicht auf das ganze Jahr, sondern auf einen entsprechend kürzeren Zeitraum verteilt. Durch derartige Modelle soll den Unternehmen eine bessere Anpassung an den tatsächlichen Arbeitsanfall und saisonale Schwankungen ermöglicht werden. Für den Arbeitnehmer bedeuten sie mehr Arbeitsplatzsicherheit auch in auftragschwachen Zeiten.

- **Lebensphasenplanung.**

Mittelfristig sollte auch die Möglichkeit der Lebensphasenplanung geschaffen werden, so daß jemand über einen längeren Zeitraum Urlaube und Überstunden ansparen kann, um dann z.B. einen längeren Studienurlaub

oder genügend Zeit für Weiterbildung zu haben.

Arbeitskosten

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte Österreich hängt entscheidend von der Entwicklung der Arbeitskosten in unserem Land ab.

Die Volkspartei spricht sich in der aktuellen Situation gegen eine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten aus. Damit würden die Wettbewerbssituation der Unternehmen verschlechtern und unmittelbar auch Arbeitsplätze gefährdet werden.

Es geht darum, unsere, im europäischen Vergleich, gute Wettbewerbssituation zu halten und weiter auszubauen. Wir fordern daher im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung Effizienzsteigerungen und Strukturreformen. Gleichzeitig sind Mißbräuche beim Bezug von Arbeitslosen-geld abzustellen. Wir treten dafür ein, daß durch Ausschöpfen aller Einsparungspotentiale sowohl der erreichte soziale Standard abgesichert wie auch gleichzeitig wettbewerbsschädigende Erhöhungen der Lohnnebenkosten verhindert werden.

Langfristig sind, wie auch von der Europäischen Union diskutiert, erste Schritte zur Entsteuerung der Arbeitskraft - und damit Senkung der Lohnnebenkosten - und stärkerer Besteuerung der Ressourcen zu entwickeln und umzusetzen.

1.4. Forschung und Technologie

Die weltweite Konjunkturabflachung macht eine Bündelung und Neuorientierung der österreichischen Wirtschaftsförderung dringend notwendig.

Um den Wirtschaftsstandort Österreich absichern und weiter ausbauen zu können, strebt die Österreichische Volkspartei eine umfassende Reform der Wirtschaftsförderungen an.

Diese soll den österreichischen Betrieben offensiver als bisher zur Seite stehen und gleichzeitig auch die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von EU-Förderungen sicherstellen.

Insgesamt sind derzeit 8 Ressorts kompetenzmäßig mit "Wirtschaftsförderung" befaßt: Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerium, Wirtschaftsministerium, Verkehrsministerium, Umweltministerium, Sozialministerium, Finanzministerium und Landwirtschaftsministerium. Zu den Förderungsmitteln des Bundes kommen noch weitere Förderungsaktionen der Bundesländer sowie der Städte und Gemeinden hinzu. Vielfach kommt es daher zu einer Zersplitterung und Fehlallokation von Förderungsmitteln.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan tritt für einen Umbau der österreichischen Wirtschaftsförderung ein, die primär auf eine Bündelung und Straffung der eingesetzten Mittel abzielt. Diese

Verdichtung soll zu einer höheren Transparenz und Effizienz von Vergabe und Kontrolle führen.

Insbesondere soll sich die Wirtschaftsförderung des Bundes EU-konform auf fünf strategische Schwerpunktbereiche konzentrieren:

■ **Forschung und Technologie:** Die unternehmerische Praxis bestätigt die grundsätzliche Philosophie der ÖVP, betriebliche F & E und Innovationswillen rasch und gezielt zu stärken und damit profitable, wettbewerbsfähige und arbeitsplatzsichernde Unternehmen zu schaffen. Dazu ist die Koordinierung von FWF, FFF, ITF, ERP, Ministerienmittel und Technologieagentur zu straffen.

■ **Regionalentwicklung:** Die gezielte Unterstützung regionalpolitischer und standortstrategischer Initiativen zur Attraktivitätssteigerung der Regionen (Verkehrsinfrastruktur, industrienahe Dienstleistungen, Telekommunikation etc.) ist heute ein offensives Mittel der Wirtschaftspolitik. Die Regionalförderung (materiell und immateriell) hat, auch unter Inanspruchnahme von EU-Förderungsmitteln, der Verstärkung strukturverbessernder Effekte und der dynamischen Regionalentwicklung zu dienen. Dies kann durch den Ausbau regionaler Innovationszentren, der Förderung von Gründerzentren

und von innovationsorientierten Beratungsaktionen erfolgen.

■ Klein- und Mittelbetriebe:

Diese stellen nach wie vor das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar. Diese Unternehmen sind daher insbesondere im Hinblick auf den immer stärker werdenden internationalen Wettbewerbsdruck gezielt zu unterstützen.

■ Umweltschutz:

Die Förderung von betrieblichen und überbetrieblichen Umweltschutzaktivitäten trägt nicht nur der ökologischen Verantwortung Rechnung, sondern dient auch der verstärkten Nutzung eines Wirtschaftsbereiches, in welchem für die heimischen Unternehmen große Wachstums- und Exportchancen liegen.

■ Landwirtschaft:

Die Volkspartei setzt darauf, auch im Rahmen der vorgesehenen Möglichkeiten in der Europäischen Union dafür eintreten, daß sich die Agrarpolitik der EU in den kommenden Jahren noch stärker als sie bisher getan hat, am ökosozialen Weg der österreichischen Agrarpolitik orientiert.

Parallel zu einer schwerpunktmäßigen Umgestaltung der Förderungspolitik müssen die einzelnen Förderungsaktionen besser evaluiert werden (Ex-ante- und Ex-post-Bewertung). Dies be-

trifft sowohl die Vergabekriterien als auch ihre volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzeneffekte (direkte, indirekte Effekte; Umwegrentabilitäten). Eng mit der laufenden Bewertung verknüpft ist die Forderung nach zeitlicher Befristung von Förderungen. Dies soll verhindern, daß ursprünglich sinnvolle Subventionen unnötigerweise zu Dauereinrichtungen werden.

Um die Förderungsentscheidungen effizienter zu machen, ist eine möglichst weitgehende Ausgliederung und privatrechtliche Abwicklung anzustreben.

Da die Wirtschaft einem besonders raschen Strukturwandel unterworfen ist, muß sich auch das staatliche Förderungswesen nach den neuen Notwendigkeiten ausrichten. Hiefür bedarf es einer verstärkten Nutzung moderner, indirekter Förderungsinstrumentarien, wie z.B. Risikokapitalförderungen und Steueranreize, anstatt der bisher üblichen Direktsubventionen.

Die Volkspartei schlägt daher folgende Maßnahmen vor:

■ **Neuschaffung eines ausgliederten Regionalförderungsinstruments** auf Bundesebene, welches in einem ersten Schritt in eigener Verwaltung geführt werden und mittelfristig als eigenständige Kapitalgesellschaft agieren soll. Es soll Klein- und Mittelbetriebe in sensiblen Regionen fördern, insbesondere Betriebsgründungen,

Umgründungen, Übernahmen, Investitionen und offensive Umstrukturierungen.

■ **Aufstockung der ökologischen Ostförderung** zu gezielten Unterstützung österreichischer Unternehmen, da mit demselben Mitteleinsatz in unseren östlichen Nachbarländern vergleichsweise höhere Immisionsreduktionen in Österreich erzielbar sind. Gleichzeitig können die Marktchancen heimischer Unternehmen in den Oststaaten deutlich verbessert werden.

Die Volkspartei erkennt in den Ausgaben für moderne und zukunftsweisende Technologien gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die beste Investition in die Zukunft und damit in den Wohlstand unseres Landes.

Wir treten dafür ein, die Mittel für Forschung und Entwicklung raschest an das Niveau unserer europäischen Mitkonkurrenten anzupassen.

Obwohl die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung während der letzten Legislaturperiode deutlich gesteigert werden konnten, gibt Österreich derzeit nur rund 1,61 % seines BIP für F+E aus. Das ist ein im internationalen Vergleich außerordentlich geringer Forschungsetat. Der EU-Durchschnitt liegt bei 2 %.

Um zu verhindern, daß sich

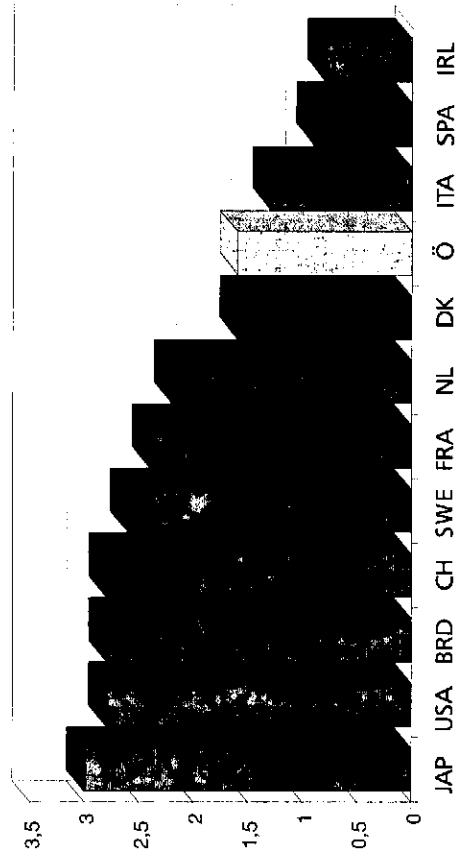
Österreich im Bereich von Forschung und Entwicklung von den europäischen Mitbewerbern abkoppelt, sind daher neue Akzente in der Forschungs- und Technologiepolitik notwendig.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan will Forschung und Entwicklung verstärkt zu einem wirtschaftspolitischen Schwerpunktthema machen und die staatliche und private Forschungsquote auf das EU-Niveau heben. Konkret tritt die Volkspartei für folgende Maßnahmen ein:

- Eine deutliche **Erhöhung der Forschungsquote**. Neben budgetmäßigen Schwerpunktsetzungen sollen auch die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung gefördert werden.
- Die **Erhöhung des Forschungsfreibetrags** von derzeit 12 auf 20 bzw. von 18 % auf 30 %.
- In Zusammenarbeit mit den Förderungsfonds soll, ausgehend von einem nationalen Forschungsplan, die **Grundlagenforschung** verstärkt und durch Schwerpunktinstitutionen, insbesondere im technischen Bereich, gefördert werden.
- Da Forschung und Entwicklung verstärkt in **internationaler Kooperation** durchgeführt werden, ist eine verstärkte **Teilnahme Österreichs an den Forschungs-**

Ausgaben für Forschung und Entwicklung

in Prozent vom BIP (1993)



- **programmen der EU** von außerordentlicher Bedeutung.
- Die Teilnahme Österreichs an europäischen und internationalen Forschungsorganisationen ist durch **Schwerpunktsetzungen im Wissenschaftsbudget** auszuweiten.
- Durch die Einrichtung von **"Centers for Excellence"** an den österreichischen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie durch die Teilnahme an internationalen "Excellence-Programmen" soll den hochbegabten Jungforschern ein breites Spektrum von Förderungsmöglichkeiten eröffnet werden.
- Durch **Großforschungseinrichtungen** und durch Initiierung von **Spezialforschungsbereichen** soll die Konkurrenzfähigkeit Österreichs auf dem Sektor spezialisierter Hochtechnologien gestärkt werden.
- **Marktnahe Forschungsoperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft** sind zu intensivieren, um aktuelle Forschungsergebnisse ohne Zeitverzug wirtschaftlich nutzen zu können.
- **Zukunftstechnologien** wie Biotechnologie, Mikroelektronik oder die Nutzung von Biomasse sind verstärkt zu fördern.

1.5. Infrastruktur

Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist das Grundelement des öffentlichen und privaten Lebens und eine wesentliche Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft. Die Österreichische Volkspartei tritt dafür ein, die ökonomische und ökologische Verbesserung aller Verkehrsabläufe voranzutreiben, um damit den Wirtschaftsstandort Österreich und damit unseren Wohlstand abzusichern und unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten.

Die Österreichische Volkspartei strebt eine Verkehrspolitik an, die diesen Wirtschaftsprozess durch eine leistungsfähige, im ökonomischen Sinn engmaschige sowie umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur unterstützt.

Grundlage dafür ist ein fairer Wettbewerb zwischen den einzelnen Verkehrsträgern. Dieser soll auf Basis einer Belastung der Verkehrsträger durch möglichst unverfälschte volkswirtschaftliche Kosten sichergestellt werden.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan spricht sich daher dafür aus, daß:

- es durch Attraktivitätssteigerungen, insbesondere in Ballungsräumen, zu einer **Verlagerung zum öffentlichen Personenverkehr** und, insbesondere im Transit, zu einer stärkeren **Nutzung des**

Schieneverkehrs kommt,

- die **Transparenz der Verkehrskosten** der einzelnen Verkehrsträger erhöht wird und so, entsprechend den Prinzipien der ökozosialen Marktwirtschaft, eine verursachergerechte Zuordnung der volkswirtschaftlichen Kosten zu den einzelnen Verkehrsträgern ermöglicht wird,

- die Erstellung eines in die europaweite Planung eingebundenen **langfristigen Verkehrskonzeptes mit konkreten Finanzierungsplänen** rasch abgeschlossen wird. In diesem Sinn ist das Österreichische Gesamverkehrskonzept 1991 des Verkehrsministeriums raschest um den notwendigen Bundesverkehrswegeplan zu ergänzen,

- die **Österreichischen Bundesbahnen** nach ihrer erfolgten Ausgliederung forciert zu **einem leistungsfähigen, flexiblen und raschen Massenbeförderungsmittel ausgebaut werden.** Dazu

gehört vor allem die Straffung verwaltungs- und entscheidungsspezifischer Vorgänge im Unternehmen, die umgehende Einigung über ein modernes Dienst- und Pensionsrecht sowie die rasche Erweiterung und Verdichtung des Angebotes im Bereich der rollenden Landstraße. Wenn die Bundesländer von den Bundesbahnen nicht betriebswirtschaftlich sinnvoll dar-

stellbare Leistungen auf Nebenbahnen bestellen, so haben sie sich daran kostenmäßig zu beteiligen oder die Nebenbahnen vom Bund zu erwerben und selbst zu betreiben,

- die **Bahninfrastruktur zu unseren nördlichen und östlichen Nachbarstaaten** ausgebaut wird, da gerade in Ostösterreich mit Zunahmen im Güter- und Personenverkehr zu rechnen ist, deren Nutzung für die österreichische Wirtschaft neue Chancen eröffnet,

- bei **öffentlichen Verkehrsmitteln eine einheitliche Tarifstruktur** geschaffen wird, die den Wechsel zum öffentlichen Verkehrsmittel begünstigt,

- die **Lücken im überregionalen Straßennetz** durch Festigung der noch ausständigen Autobahn-, Schnellstraßen- und Bundesstraßenprojekte unter Bedachtnahme auf ökologische Verträglichkeiten **geschlossen werden.**

Unsere Wirtschaftspolitik geht davon aus, daß Österreich die Belastungen des europäischen Waren- und Güterverkehrs nur gemeinsam mit den anderen europäischen Industrieländern tragen kann.

Um die Belastungen für die österreichische Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, fordern wir den weiteren Ausbau von Lärmschutzeinrichtungen

entlang hochrangiger Straßenverkehrswege sowie den verstärkten Einsatz von Schallschutzmaßnahmen und -einrichtungen im Bereich der Schiene.

Telekommunikation

Mit der zunehmenden Technologie- und Dienstleistungsorientierung unserer Wirtschaft wird der Transport von Nachrichten immer wichtiger. Die weltweite ökonomische Entwicklung zeigt, daß Wissen und Information als Produktionsfaktor und damit zusammenhängend die Telekommunikation als Vermittlungsinstrument weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Die Europäischen Wirtschaftsforscher gehen davon aus, daß im Jahr 2000 der Anteil des Fernmeldewesens am Bruttoverdienstprodukt der Volkswirtschaften von derzeit knapp über 2 % auf 7 % ansteigen wird. Gleichzeitig werden Konzentrations-tendenzen im Telekommunikationssektor stattfinden. Die Telekommunikationswirtschaft ist also ein Sektor von grundsätzlicher wirtschaftlicher Bedeutung für die positive Weiterentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. Der Markt selbst wird von außerordentlicher wirtschaftlicher Dynamik geprägt sein.

Die Volkspartei tritt dafür ein, daß Österreich den Anschluß an die europäische Entwicklung der Telekommunikationsdienstleistungen hinsichtlich Qualität und Quantität verstärkt wahrnimmt.

- Konkret fordern wir eine umfassende **Reform der Post** und ein moderneres **Poststrukturgesetz**.

Energie

Die Österreichische Volkspartei betrachtet es als Aufgabe der österreichischen Energiepolitik, die dauerhafte und ausreichende Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Energie sicherzustellen. Diese Energieversorgung hat als wesentlicher Standortfaktor zu wettbewerbsfähigen Konditionen zu erfolgen.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan tritt daher vorrangig für folgende Maßnahmen ein:

- **Die Ökologisierung unseres Steuersystems** ist zu verwirklichen. Dazu sind weitere Schritte in Richtung einer Ausweitung der bestehenden Einzelverbrauchssteuern hin zu einer CO₂/Energie-Abgabe vorzunehmen. Dies hat bei gleichzeitiger Entlastung der Arbeitskraft ohne Gefährdung des Industriestandortes Österreich und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu geschehen.

- Fast 24 % des gesamtösterreichischen Primärenergieaufkommens stammen aus den heimischen, erneuerbaren **Energieträgern Wasser und Biomasse**. Sowohl zur Reduktion unserer hohen Importabhängigkeit bei Energie - 65 % bestehend aus Öl,

Gas, Kohle- als auch im Hinblick auf die hohe ökologische Verträglichkeit sind beide Energieträger weiter auszubauen.

- Förderung von Maßnahmen zur **Energieeinsparung und effizienteren Energienutzung** sowie entsprechende Dotierung der Energieforschung im Rahmen der Forschungsförderung.
- **Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungen und Gasturbinen mit Abwärmenutzung**, vor allem durch eine engere Kooperation zwischen Wirtschaft und EVU, insbesondere auch bei der Einspeisung von Energie in die öffentlichen Netze.
- **Ausbau der Fernwärme-förderung** und damit des Einsatzes von Fernwärme insbesondere auf Basis von Biomasse im ländlichen Bereich sowie durch Ausnützung von KWK Potentialen bzw. industrieller Abwärme in Ballungsräumen.
- **Forcierung von Projekten zur energietechnischen Verwertung von Restmüll** (nach Vermeidung, Trennung und Wiederverwertung von Müll)
- **Aufhebung des 2. Verstaatlichungsgesetzes** und weitere Privatisierung von Elektrizitätsversorgungsunternehmen über 50 %.

1. 6. Österreich und Europa

Europäische Union

Die Volkspartei sieht in der zukünftigen Mitgliedschaft Österreichs zur Europäischen Union die wesentlichste Voraussetzung zum Ausbau unserer Wirtschaftskraft und zur Sicherung der Beschäftigung in Österreich.

Der Zielstrebigkeit der Volkspartei ist es zu verdanken, daß Österreich am 17. Juli 1989 den Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften gestellt hat. Am 12. Juni 1994 haben die Österreicherinnen und Österreicher mit überwältigender Mehrheit entschieden, daß Österreich mit Beginn des kommenden Jahres der Europäischen Union als gleichberechtigter Partner angehören wird. Damit wurde für Österreich die wichtigste Entscheidung seit dem Abschluß des Staatsvertrag zum Wohle unserer Heimat getroffen.

Die Antwort der Europäischen Union auf die weltweiten Herausforderungen, vor allem im technischen und wirtschaftlichen Bereich, sind der Binnenmarkt und die Einheitliche Europäische Akte sowie deren Weiterentwicklung im Abkommen von Maastricht: Freiheit als Motor des Fortschritts - auch des Sozialen und des Ökologischen.

Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Erhard Busek-Wirtschaftsplanes sind Wach-

tum und Wohlstand, Vollbeschäftigung, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Preisstabilität. Österreich wird die neue Europäische Herausforderung annehmen, um so die Chancen des gemeinsamen Europa für uns und die Zukunft Österreichs zu sichern.

Die Österreichische Volkspartei wird dafür eintreten die Mitbestimmungsmöglichkeiten Österreichs in der Europäischen Union bestmöglich zum Wohle unserer Heimat zu nützen. Wir werden sicherstellen, daß die österreichischen Arbeitnehmer, die österreichische Wirtschaft und Landwirtschaft, die Bundes-

und Gremien der Europäischen Union mitzuwirken und unsere Vorschläge für die gemeinsame Gestaltung der europäischen Zukunft im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen mit größtem Nachdruck einzubringen.

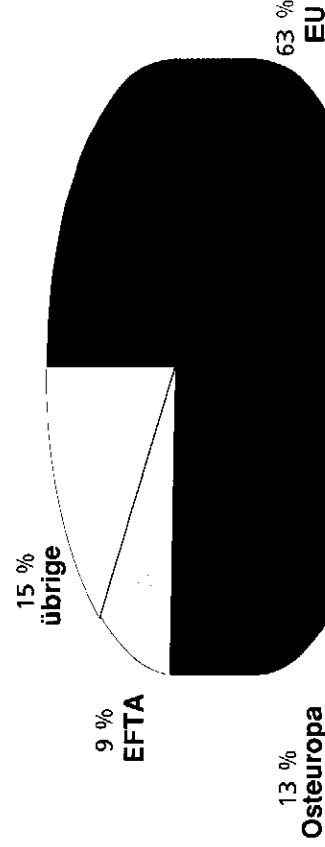
Ostöffnung

Wir erkennen in der Liberalisierung des Marktzugangs und der Schaffung fairer Absatzchancen für Waren aus den Reformländern die beste wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahme für Osteuropa (aid by trade).

Die österreichische Wirtschaft

Ausfuhren der österreichischen Wirtschaft

nach Zielländern (1992)



länder und Regionen erfolgreich am europäischen Integrationsprozeß mitwirken können.

Um das durchzusetzen tritt die Volkspartei dafür ein, aktiv alle Möglichkeiten zu nutzen, um in den zuständigen Organen

erhält durch die Ostöffnung die Chance auf neue Märkte und wirtschaftliche Partnerschaften. Vor allem die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe nutzen durch ihre räumliche Nähe zu den Reformstaaten diese Chancen besser als ihre europäischen

Mitkonkurrenten und erzielen dadurch beachtliche Wettbewerbsvorteile.

Von allen westeuropäischen Staaten hat Österreich in besonderem Maße von der Ostöffnung Nutzen ziehen können. Zuletzt erreichte der Überschuß im Warenverkehr mit Osteuropa mehr als 13 Mrd. Schilling. Während Österreichs Exporte 1993 zurückgingen, sind die Ausfuhren in die östlichen Nachbarstaaten um fast 15 % gestiegen.

Seit 1989 nehmen auch immer mehr österreichische Unternehmen die Chancen in Osteuropa wahr und gründen dort Niederlassungen. Jüngste Schätzungen gehen von 15.000 Joint-ventures in Osteuropa aus. Die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft schreitet weiter voran. 1988 investierten heimische Firmen nur 4 Mrd. Schilling im Ausland, zuletzt waren es bereits mehr als 20 Mrd. Schilling, die österreichische Unternehmen im Ausland investierten.

Unsere Wirtschaftsoffensive tritt dafür ein, die neuen Demokratien in Osteuropa weiterhin wirkungsvoll zu unterstützen. Wirtschaftliches Wachstum kann diese jungen Demokratien dauerhaft absichern und sie zu wichtigen Handelspartnern Österreichs machen.

Österreich teilt zwei Drittel seiner Grenzen mit Reformländern. Durch die Grenzöffnungen werden vor allem in Ostösterreich gewaltige Investitionen im

Infrastrukturbereich notwendig sein. Schiene und Straße müssen ausgebaut werden, um den gesteigerten Anforderungen im Verkehr Rechnung zu tragen und die verkehrstechnische Anbindung dieser Länder an Westeuropa sicherzustellen.

In den nächsten Jahren wird es zu einem Abbau der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen im Handel durch die zwischen den EFTA-Ländern und der EU abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit den Ländern Zentral- und Osteuropas kommen.

Um den Prozeß der Ostöffnung für die Reformstaaten wie auch für die österreichische Wirtschaft bestmöglich zu gestalten, schlägt die Volkspartei folgende Maßnahmen vor:

- Die **weitere Dotierung des Ost-West-Fonds** zur verstärkten Unterstützung von Direktinvestitionen in den Reformstaaten.

- Die **Beseitigung noch vorhandener Hemmschuhe im Steuerrecht** beim Aufbau von Tochterbetrieben in den Reformstaaten.

- Den weiteren **Ausbau Österreichs als Dienstleistungszentrum für die ehemaligen Staaten Osteuropas**, vor allem in den Bereichen Ausbildung, Finanzierungen und Finanzdienstleistungen sowie Informations- und Kommunikationsdienstleistungen.

- Die **Exportfinanzierung und Risikoabsicherung sind zu verbessern** um bestehende Wettbewerbsnachteile österreichischer Unternehmen gegenüber ihren europäischen Mitkonkurrenten rasch abzubauen

Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß es in der Übergangsphase zu Problemen durch niedriggehaltene Einfuhrpreise dieser Länder kommen wird. Hier sind temporär beschränkte Maßnahmen im Sinne der österreichischen Wirtschaft zu setzen, wobei auf die vertraglichen Verpflichtungen Österreichs Rücksicht zu nehmen ist.

1.7. Dynamischer Finanzmarkt Österreich

Der Finanzmarkt Österreich bedarf einer nachhaltigen Neustrukturierung, um den Anforderungen einer Öffnung im Zuge des EWR-Vertrages sowie der Annäherung unserer östlichen Nachbarstaaten gerecht zu werden.

Die Österreichische Volkspartei unterstützt die Bemühungen um die Dynamisierung und Verbreiterung des Kapitalmarktes Österreich.

Wir setzen angesichts der Vielzahl notwendiger Maßnahmen auf folgende Schwerpunkte:

Stärkung der Eigenkapitalbasis

Jene Unternehmen der österreichischen Wirtschaft, die aufgrund ihrer Größe einen Gang an die Börse noch nicht antreten können, bedürfen besonderer Maßnahmen zur Förderung ihrer Eigenkapitalbasis. Auch mittelständische Unternehmen bedürfen einer soliden Finanzierungsstruktur, um langfristig erfolgreich am Markt agieren zu können.

Das stetig anwachsende Geldvermögen der österreichischen Bevölkerung soll österreichischen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Volkspartei schlägt daher

zur **Eigenkapitalstärkung österreichischer Unternehmen die stärkere Inanspruchnahme von Mittelstandsfinanzierungsge-sellschaften vor.**

Diese sollen sich nach dem Prinzip der Risikostreuung erfolgsabhängig an Unternehmen beteiligen. Die Verwirklichung dieser Instrumente hätte folgende Vorteile:

- Eigenkapitalstärkung österreichischer Klein- und Mittelunternehmen,
- Erhaltung des österreichischen Einflusses in der heimischen Industrie,
- Weiterveranlagung des abriefenden Genußscheinkapitals,
- Erhöhung des an der Wiener Börse gehandelten Volumens,
- Erhöhung der Titelvielfalt an der Wiener Börse,

- Risikominderung für Beteiligungsinvestments durch Diversifizierung.

- Erhöhung der Anzahl privater Aktionäre in Österreich (derzeit nur 4%)

Der österreichische Anleger soll direkt am Erfolg der österreichischen Industrie partizipieren.

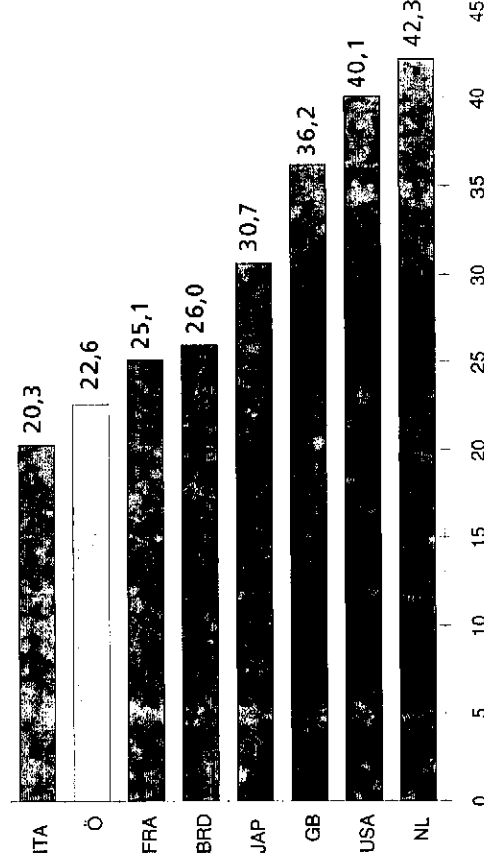
Verbesserung des Minderheitenschutzes

Der Schutz einer kleinen Minderheit gegenüber der dominierenden Mehrheit ist uns auch im wirtschaftlichen Umfeld ein Anliegen. Wenngleich wir unverändert von einer Parallelität von Risikotragung und Kapitalbereitstellung ausgehen, muß dennoch dem Minderheitsaktionär ein ausreichendes Maß an effektiver Information und Mitsprachemöglichkeit eingeräumt werden.

Die Volkspartei tritt daher für eine nähere Ausformulierung

Eigenkapitalausstattung der Wirtschaft

Angaben in Prozent (1992)



der Rechte von Minderheiten ein. Auskunftsrechte müssen eingehender und detaillierter gewährt werden.

Unsere Wirtschaftspolitik möchte mit diesen Maßnahmen dem Kleinanleger die realistische Absicherung geben, daß er auch neben Großinvestoren über ein angemessenes Schutzinstrumentarium verfügt.

Neustrukturierung der Marktaufsicht

Die mangelnde Attraktivität des Finanzmarktes Österreich geht zum Teil auf eine veraltete und nicht mehr angemessene Marktaufsicht zurück. Wir fordern daher eine moderne, vollcomputerisierte Handelsüberwachung, um Verstöße gegen Handelsvorschriften jeder Art rasch und unmittelbar der Marktaufsichtsbehörde zur Kenntnis zu bringen.

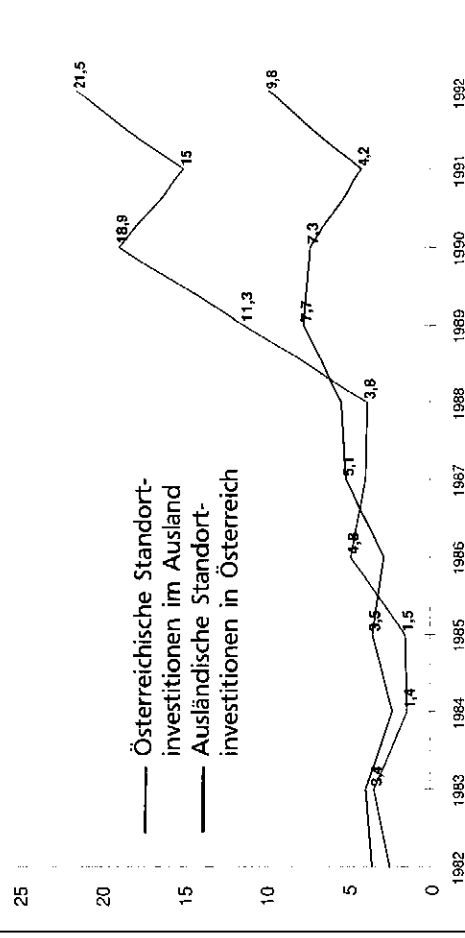
Darüberhinaus muß der Marktaufsicht ein wirksames Instrumentarium zur Verfügung gestellt werden, um Verstöße im Zuge des Börsenstiehs der bereits vorgesehenen Sanktionierung zuführen zu können.

Erhöhung der Transparenz und Publizität

Ebenso wie in anderen Bereichen der Wirtschaft muß auch das Finanzgeschäft von Fairneß unter allen Marktteilnehmern geprägt sein. Der Erfolg des österreichischen Kapitalmarkts

Trendumkehr bei Standortinvestitionen

Angaben netto in Mrd. Schilling



hängt nicht zuletzt von einem soliden, vertrauensvollen Verhältnis zwischen den Marktteilnehmern ab. Wir treten dafür ein, daß alle im österreichischen Finanzmarktgeschäft beteiligten Stellen bei ihrer Geschäftstätigkeit eindeutigen ethischen Standards unterworfen werden. Der objektiven Nachvollziehbarkeit des Geschäftsflusses kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu.

Konditionengestaltung und Preisbildung müssen transparent erfolgen: nur so wird es langfristig möglich sein, das Volumen und damit die Liquidität des Marktes zu erhöhen. Der Anleger muß in jeder Phase des Geschäftsablaufs fair behandelt werden.

Die Maxime des Anlegerschutzes erfordert aber auch eine erhöhte Publizität seitens der kapitalstreichenden Unternehmen. Wir treten dafür ein, daß die Rechnungslegung börsennotierter

Unternehmen an europäische Standards angepaßt wird. Unternehmen, die direkt selbst oder indirekt über Beteiligungsfonds an der Börse Kapital aufnehmen, sind jedenfalls einer eingehenden Zwischenberichterstattung zu unterziehen. Die besonders gefragten und liquiden Titel im amtlichen und Fließhandel sollten einer vierteljährlichen Berichterstattung unterworfen werden.

Besondere Beobachtung ist der Forderung nach Transparenz und Publizität der fairen und zeitgleichen Informationsbereitstellung an alle Marktteilnehmer zu schenken.

2. Gesunder Mittelstand - Leistungsfähige Industrie

2.1. Die Klein- und Mittelbetriebe als Motor der Wirtschaft

Über 98% der österreichischen Unternehmen beschäftigen weniger als 500 Mitarbeiter und sind daher nach EU-Definition Klein- und Mittelbetriebe. Diese beschäftigen 77% aller Arbeitnehmer. Neue Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren vorwiegend in diesem Bereich entstanden. Die Europäische Union setzt durch ihre Mittelstandspolitik verstärkt auf diesen Sektor.

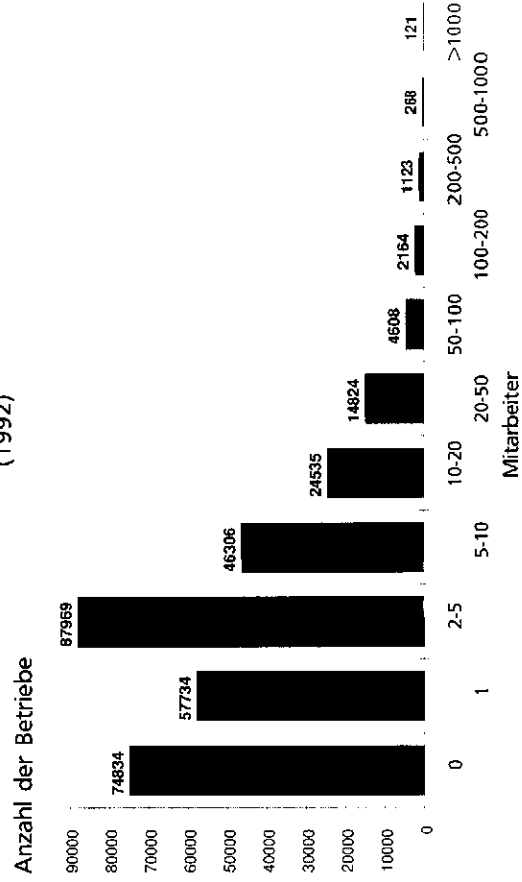
Auf Grund der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der österreichischen Wirtschaft erkennt die Volkspartei im Mittelstand die wichtigste Säule der österreichischen Wirtschaft.

Wir wollen die Dynamik dieses Wirtschaftssegmentes weiter ausbauen und möglichst viele Österreicher zum Selbständigen werden motivieren.

Um diese Ziele zu erreichen und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen, setzt der Erhard/Busek-Wirtschaftsplan auf folgende Schwerpunkte:

- **Entbürokratisierung** ist für viele klein- und mittelbetrieblichen Unternehmer eines der

Beschäftigtenstruktur der Österreichischen Wirtschaft (1992)



wichtigsten Anliegen. Bürokratie ist zum "Sand im Getriebe der Wirtschaft" geworden. Praxisferne Überregulierungen, Kompetenzersplitterungen, intransparente Anforderungen und überlange Verfahrensdauer wirken der unternehmerischen Initiative entgegen. Für die Österreichische Volkspartei ist die Entbürokratisierung daher ein wichtiges Anliegen. Ein erster Schritt muß die verpflichtende Berücksichtigung der Folgekosten für die Wirtschaft bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen sein. Das Selbstverständnis der Verwaltungsbehörden muß zugunsten einer Service- und Dienstleistungsorientierung geändert werden.

Die Vereinfachung der Lohnverrechnung ist anzustreben. Die Verfahrenskonzentration und -vereinfachung ist weiterzuführen. Das Sachverständigenwesen ist in Richtung einer rascheren Abwicklung der Verfahren zu reformieren; das bedeutet vor allem die Zulassung nichtamtlicher Sachverständiger.

- Ein weiterer Ansatzpunkt für Deregulierung sind die **Eigenregelleistungen der Gebietskörperschaften**, wie Straßenerhaltung, Kfz-Werkstätten, Tischlereien, Parkgestaltung und -pflege. Bund, Länder und Gemeinden treten mit diesen in ein direktes Konkurrenzverhältnis mit der Wirtschaft. Diese Eigen-

regiarbeiten sind meist teurer als Leistungen der Privatwirtschaft und kosten daher dem Steuerzahler zusätzliches Geld. Außerdem ist die öffentliche Hand dadurch größter Konkurrent der Privatwirtschaft am Markt für Facharbeit. Die Volkspartei tritt dafür ein, daß derartige Eigenregieleistungen im Wege des contracting out an Private übertragen werden.

- Die Volkspartei vereinigt die beiden wichtigsten politischen Vertretungen des Mittelstandes und der Landwirtschaft in sich. Wir setzen uns für faire und gleiche Bedingungen einer **Produktionspartnerschaft von Klein- und Mittelbetrieben und der Landwirtschaft** ein.

- Eine **solide Eigenkapitalbasis erhöht die Flexibilität der kleineren und mittleren Betriebe**, steigert ihre Innovations- und Investitionsfreudigkeit und erhöht ihre Krisenfestigkeit. Die Volkspartei setzt sich auch nach der zweiten Etappe der Steuerreform für eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalfinanzierung in Österreich ein.

- Die **Kapitalaufbringung** stellt in vielen Fällen einer Unternehmensgründung einen bedeutenden Engpaß dar. Um die Finanzierung von Unternehmensgründungen zu erleichtern, schlägt die Österreichische Volkspartei

vor:

Zur Aufbringung des Eigenkapitals soll in Anlehnung an das Bausparsystem das Modell des **Gründungsparens** (Freisparens) verwirklicht werden. Die Prämien sollten nur jenen Sparern zugute kommen, die tatsächlich auch den Schritt in die Selbständigkeit setzen.

- **Unternehmerische Tätigkeit ist stärker im Inhalt der Ausbildungssysteme zu**

verankern: Die Lehrpläne von berufsbildenden Schulen sollten den Absolventen verstärkt das Rüstzeug mitgeben, ein eigenes Unternehmen erfolgreich zu führen und Arbeitsplätze sichern zu können. Dazu soll Jugendlichen im Rahmen ihrer Ausbildung verstärkt ein positives Bild des Unternehmers vermittelt werden.

Der Polytechnische Lehrgang muß eine neue Qualität bekommen. Das bedeutet eine verstärkte Integrierung von beruflicher Grundbildung, um eine fachpraktische und fachtheoretische Orientierung zu ermöglichen.

In anderen Schulzweigen, wie z.B. der Oberstufe der Allgemeinbildenden Schulen sollte in den Lehrplänen mehr Wert auf Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge gelegt werden.

- **Die Volkspartei bekennt sich zum dualen System bei der Lehrlingsausbildung.**

Die Lehrlingsausbildung stellt nach wie vor den wich-

tigsten Einstieg in die Karriere zum Unternehmer dar. Die Lehrlingsausbildung, die Berufsschule, die Meister- und Unternehmerprüfung sind als konsistentes und gesamthafes Bildungspaket zu präsentieren. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehrberufes sind die Angebote "Lehre nach der Matura", "Matura nach der Lehre" und "Von der Lehre zur Fachhochschule" auszuweiten und zu verbessern.

2.2. Rahmenbedingungen für Österreichs Industrie

Die Volkspartei will die Qualität des Industriestandortes Österreich absichern und weiter ausbauen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen und internationale Investoren nach Österreich zu bringen.

Daher tritt unsere Wirtschaftssofensive dafür ein, die industriepolitischen Rahmenbedingungen in Österreich massiv zu verbessern.

Die österreichische Industrie einschließlich Energie- und Bauwirtschaft leistet einen Beitrag von über 30 % zum Bruttoinlandsprodukt und beschäftigt rund ein Viertel aller unselbstständig Erwerbstätigen. Zuletzt wurden mehr als 90 % der österreichischen Exportleistung mit

industriellen Produkten im Wert von nahezu 500 Mrd. Schilling erzielt.

Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion wird exportiert. Damit ist die Industrie der mit Abstand wichtigste Zweig der Volkswirtschaft. Große Bereiche der wirtschaftsnahen Dienstleistungen stehen in engem Zusammenhang mit der Sachgüterproduktion.

Österreich weist im internationalen Vergleich hohe Einkommens-, Sozial- und Umweltstandards auf. Die Volkspartei geht davon aus, daß diese nur auf der Basis einer international wettbewerbsfähigen Industrie gesichert und weiterentwickelt werden können.

Die Volkspartei tritt für die Beibehaltung der österreichischen Hartwährungspolitik ein.

Zu deren Absicherung steht die erfolgreiche Inflationsbekämpfung

die nachhaltige Budgetkonsolidierung, die ständige Strukturverbesserung und Kostenminderung im Mittelpunkt ihres volkswirtschaftlichen Handelns. Darüberhinaus sind die von der Industrie zu tragenden Lasten staatlicher Bürokratie radikal abzubauen. Viele Länder, mit denen Österreich im Wettbewerb steht, haben unnötige Gesetze abgeschafft oder vereinfacht und überlassen Unternehmen und Mitarbeitern mehr Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe und Rahmenbedingungen, als dies in Österreich der Fall ist.

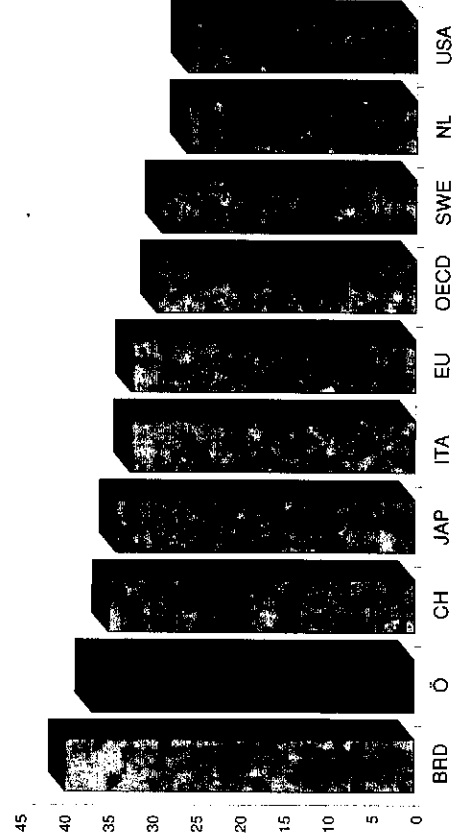
Auf Druck von unserer Seite konnten auch in Österreich bereits zahlreiche Überregulierungen abgebaut werden. Beispiele dafür sind das neue Preisgesetz oder das Preisauszeichnungsgesetz. Auch die neue Gewerbeordnung bringt für die österreichische Wirtschaft eine deutliche Liberalisierung.

Der Weg der Liberalisierung der Wirtschaft und der Verbesserung der kosten- und produktmäßigen Konkurrenzfähigkeit ist konsequent weiterzuverfolgen. Konkret tritt die ÖVP daher für folgende Ziele zur Schaffung leistungsfreundlicher Rahmenbedingungen ein:

- Alle Rahmenbedingungen müssen sich am Ziel einer **Ökosozialen Wirtschaftspolitik** orientieren. Der sorgfältige Umgang mit dem öffentlichen Gut "Umwelt" muß belohnt werden. Umweltpolitik muß ihre Ziele möglichst

Mitarbeiter in Industrie und Großgewerbe

in Prozent aller Erwerbstätigen (1992)



effizient auf Basis von Kosten-Nutzen-Überlegungen erreichen.

- Es geht vor allem darum, daß **wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht zum Anlaß für mehr Staatseingriffe** genommen werden. Die staatliche Verwaltung hat sich als Servicestelle für unternehmerische Tätigkeit zu verstehen.

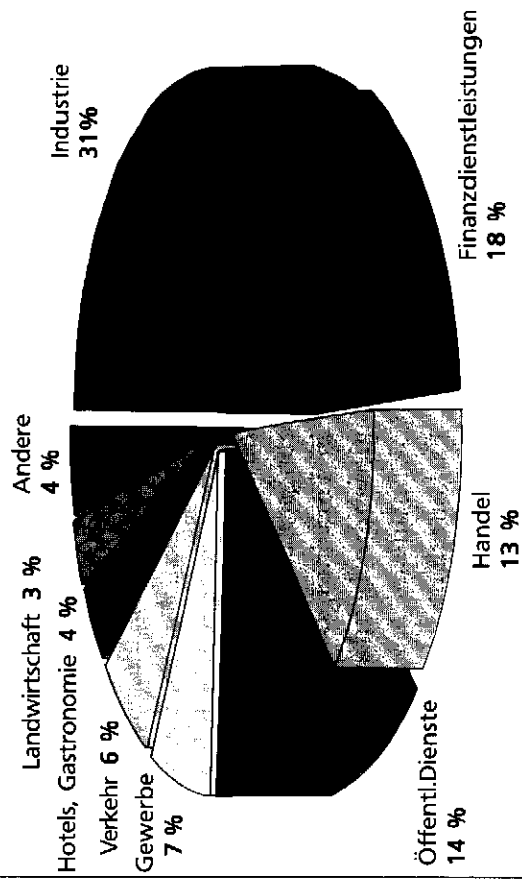
- Das bürokratische und zeit- aufwendige österreichische Anlagenehmigungsverfahren sollte nach dem Muster der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Verfahrens- und Entscheidungskonzentration umgestellt werden. Die Volkspartei schlägt dazu ein eigenes **Standortsicherungsgesetz** vor.

- Die industriellen Rahmenbedingungen sind generell derart zu gestalten, daß die **Zahl der Betriebsansiedlungen und -erweiterungen zunimmt** und bestehende Standorte nicht aufgrund eines ungünstigen Umfeldes geschlossen oder verlegt werden müssen.

- **Voraussicht** ist eine wichtige Säule der unternehmerischen Disposition. Je mehr sich die Unternehmen auf kommende Veränderungen einstellen können, desto besser sind sie für den internationalen Wettbewerb gerüstet. Maßnahmen, die die unternehmerische Disposition massiv beeinflussen, sind daher vorausschauend zu planen.

Stellenwert der Industrie

Anteil am BIP 1992



- Inflexible Regelungen, z.B.

bei der Arbeitszeit, und bürokratische Hindernisse kosten Zeit und Geld und behindern die heimische Industrie in ihrer Wettbewerbskraft. Alle **Gesetzesvorlagen sollen daher in Zukunft vor ihrer Beschlußfassung auf ihren Verwaltungsaufwand und ihre Folgekosten für die Wirtschaft überprüft werden.**

- **Industrienahe Dienstleistungen**

nehmen eine zentrale Schlüsselrolle ein, wenn es darum geht, die Wettbewerbskraft der heimischen Wirtschaft zu stärken. Restriktive Regelungen, die die Entwicklung leistungsfähiger industrienahe Dienstleistungsunternehmen verhindern, sind abzuschaftern.

- **Leistung muß sich lohnen.**

Zweifellos ist der soziale Ausgleich Eckpfeiler der politischen und sozialen

Stabilität. Aber Menschen, die zu Mehrarbeit bereit sind, muß ein leistungsfreundliches Umfeld geboten werden.

2.3. Privatisierung und Mitarbeiterbeteiligung

Privatisierung

Die Österreichische Volkspartei tritt für eine zügige Privatisierung jener Bereiche ein, die Private besser und leistungsfähiger als der Staat wahrnehmen können.

Privatisierung zwingt zu mehr Leistung und Kosteneinsparung. Sie führt zu Innovation und stärkerer Kundenorientierung. Und sie führt auf breiter Front zur Entlastung des Staates.

Sichere Arbeitsplätze setzen voraus, daß Unternehmen auf Dauer Gewinne erzielen. Für öffentliche Unternehmungen besteht aber oftmals kein Zwang zur wirtschaftlichen Gebahrung. Versteinernte Strukturen, unterdurchschnittliche Produktivität und überdurchschnittliche Kosten sind nicht selten die Folge.

Stehen öffentliche Unternehmungen mit Privaten im Wettbewerb, so können sie vielfach Wettbewerbsvorteile nutzen, welche Privatunternehmen nicht zur Verfügung stehen. Bestes Beispiel dafür sind günstigere Finanzierungsmöglichkeiten und Ungleichbehandlung im steuerlichen Bereich.

Unsere Wirtschaftsoffensive kann bei der Forderung nach weiteren Privatisierungen auf Bundes-, Landes- und Gemein-

deebene mit breiter Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Privatisierung ist für unsere Wirtschaftspolitik weder Ideologie noch Selbstzweck. Sie ermöglicht es der öffentlichen Hand vielmehr, sich auf zeitgemäße Bereiche zu konzentrieren.

Zumindest 50 % der Privatisierungserlöse sind zur Dotation in Forschungs- und Technologiefonds einzubringen.

Es konnten bereits beachtliche Privatisierungserfolge erzielt werden. Unsere Wirtschaftsoffensive will den Weg sinnvoller Privatisierungen weiter konsequent verfolgen:

- Weitere Umsetzung der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie entsprechend dem fixierten Zeitplan laut ÖIAG-Gesetz.

- Die Bank Austria ist mehrheitlich zu privatisieren.

- Die Post- und Telegraphenverwaltung ist organisatorisch in die Bereiche Telekommunikation, "gelbe" Post und Busdienst zu gliedern und für eine Poststrukturreform vorzubereiten

- Die ÖBB haben das nicht betriebsnotwendige Vermögen, im speziellen nicht benötigte Liegenschaften, zu verkaufen.

- Die Verbundgesellschaft ist auf die mehrheitliche Privatisierung vorzubereiten.

- Das Sachverständigenwesen soll durch Zulassung nicht-amtlicher Sachverständiger sowie durch die Zulassung privater Kontrollorgane flexibler gestaltet werden.

- Weitere Privatisierungskandidaten sind u.a. der Österreichische Bundesverlag, die Salinen AG, die Austria Tabakwerke sowie die Österreichische Staatsdruckerei und das Dorotheum.

- Auch Mieter sollen Eigentümer werden können. Deshalb treten wir dafür ein, daß im öffentlichen Eigentum stehenden Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten werden. Und nicht benötigte öffentliche Grundstücke und Gebäude sollten veräußert werden.

Mitarbeiterbeteiligung

Ein hervorragender Weg um die qualitative Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreichs zu fördern, ist die materielle und immaterielle Mitarbeiterbeteiligung.

Wir haben einen ersten Schritt durchgesetzt und in der 2. Etappe der Steuerreform einen Rahmen von 10.000.- Schilling pro Jahr für Mitarbeiterbeteiligungen steuerfrei stellen können. Internationale Beispiele belegen den Siegeszug, den diese Idee in den letzten Jahren angetreten hat. In den westlichen Industrieländern sind inzwischen mehr als 30 Millionen Mitarbeiter an ihrem eigenen Unternehmen beteiligt.

Bei allen erfolgreichen Beispielen zeigt sich, daß die immaterielle Mitbeteiligung in Form von zusätzlicher Information und Mitbestimmung untrennbar mit der materiellen Beteiligung als Miteigentümer oder Teilhaber am Unternehmenserfolg verbunden ist.

2.4. Staatsnahe Industrie

Die Unternehmen der ehemaligen Verstaatlichten Industrie stellen für die Volkswirtschaft unseres Landes einen wichtigen Bestandteil dar. Trotz des Verlustes der Hälfte der Arbeitsplätze seit 1980 repräsentieren die Unternehmen, an denen die ÖIAG (noch) beteiligt ist, mit 60.000 Mitarbeitern im Inland und fast 170 Mrd. Schilling Umsatz noch immer wesentliche Teile unserer Großindustrie. Allerdings wurden seit 1980 für die Sanierung der Verstaatlichten Industrie vom Steuerzahler nicht weniger als 60 Mrd. Schilling aufgewendet. Einschließlich der Finanzierungskosten bedeutet das für unser Budget bis zum Jahr 2010 Belastungen von insgesamt 110 Mrd. Schilling.

Der Erhard Busek-Wirtschaftsplan will die Mitarbeiterbeteiligung fördern. Wir treten dafür ein, daß nach der Schaffung besserer steuerlicher Rahmenbedingungen in der 2. Etappe der Steuerreform nun auch notwendige gesellschaftsrechtliche Reformen zur Mitarbeiterbeteiligung raschest verwirklicht werden müssen. Sie sollen dazu führen, daß Mitarbeiter ohne Nachteile zu Miteigentümern werden können. In einem Mitarbeiterbeteiligungsgesetz sollen die notwendigen Regelungen festgelegt werden.

phie und Umstrukturierung der Verstaatlichten in selbständige, überschaubare Unternehmensgruppen, die flexibel und eigenverantwortlich am Markt operieren können.

- **Umfassende Privatisierung** der in der Verstaatlichten zusammengefaßten Unternehmen.
- **Keine weiteren Steuermittel für die Verstaatlichte Industrie**

Diese Positionen wurden auf Druck der ÖVP in der Koalitionsvereinbarung und im daraus abgeleiteten ÖIAG-Gesetz verwirklicht. Damit wurden die Weichen für eine grundlegende Neugestaltung der Verstaatlichten Industrie gestellt.

- Der bisherige Austrian Industries Konzern wurde aufgelöst, auch auf den Namen Austrian Industries wird in Zukunft verzichtet. Die Dachgesellschaft ÖIAG wurde als reine Finanzholding strukturiert, die kein Durchgriffsrecht auf die operativen Unternehmen mehr hat. Mit dem gesetzlichen Verbot der Konzernbildung der ÖIAG mit ihren Tochtergesellschaften ist in Zukunft auch die Bildung eines Konzernbetriebsrates ausgeschlossen.

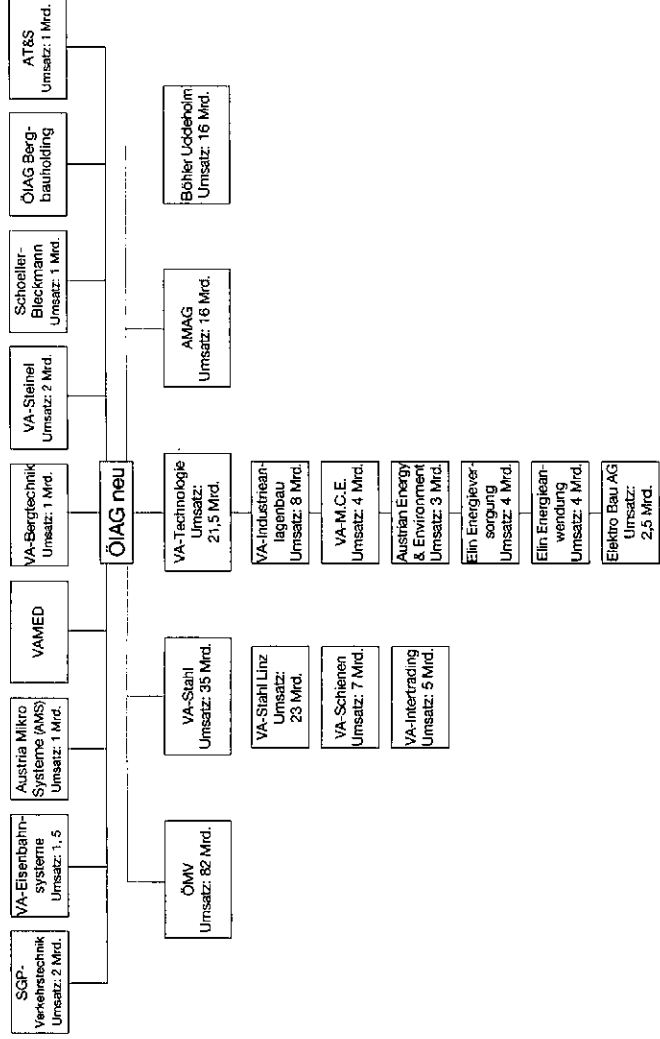
Schon die ersten Konjunkturschwächen haben 1992 die Verstaatlichte mit fast 5 Mrd. Schilling zurück in die roten Zahlen geführt, die sich im Rezessionsjahr 1993 auf fast 10 Mrd. Schilling Verlust verdoppeln wird. Diese Verluste waren aber nicht nur als Folge des Konjunkturreinbruchs und der Strukturkrise zu sehen sondern beweisen einmal mehr, daß der Staat als Unternehmer ungeeignet ist.

Die Volkspartei hat in den Verhandlungen um die Neugestaltung der Verstaatlichten Industrie folgende Ziele durchgesetzt:

- **Abkehr von der zentralistischen AI-Konzernphiloso-**

- An Stelle der Austrian Industries traten vier klar strukturierte und gut aufeinander abgestimmte Unternehmensgruppen. Dabei wurden die Technologieunternehmungen

Die ÖIAG neu



VA-Industrieanlagenbau, das SGP Waagner-Biro Joint Venture AE&E, die Elin, die V.A.M.C.E. und die EBG in der VOEST-Alpine Technologie AG mit 14.000 Mitarbeitern und rund 25 Mrd. Schilling Umsatz zusammengefaßt. Die in Segmenten des Werkzeugstahls weltmarktführende Edelstahlgruppe Böhler-Uddeholm mit 11.000 Mitarbeitern und 17 Mrd. Schilling Umsatz sowie die VOEST-Alpine Stahl AG mit den beiden wesentlichen Stahlstandorten Linz und Donawitz mit rund 18.000 Mitarbeitern und ca. 35 Mrd. Schilling Umsatz, werden ebenfalls als selbständige Unternehmensgruppen geführt. Dazu kommt als 4. Gruppe die schon heute zur ÖIAG gehörige ÖMV, die mit 12.000 Mitarbeitern ca.

85. Mrd. Schilling umsetzt. Das ÖIAG-Gesetz enthält einen klaren Privatisierungsauftrag, wobei die Privatisierung der wesentlichen Unternehmungen auch terminlich fixiert ist. Zur begleitenden Kontrolle der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie wurde im Aufsichtsrat der ÖIAG ein eigener Privatisierungsausschuß eingerichtet. Damit ist die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie sichergestellt.

■ Trotz aller gewerkschaftlichen Forderungen gibt es für die Verstaatlichte Industrie keine neuen Steuermittel. Als Überbrückung bis zur Erzielung der Privatisierungserlöse aus den Börsegängen der Technologiegruppe und der ÖMV wurde der ÖIAG

lediglich ein Gesellschaftsdarlehen in Höhe von 5 Mrd. Schilling + 2,5 Mrd. Schilling zur Kapitalerhöhung bei Böhler-Uddeholm zur Verfügung gestellt. Die konkrete Auszahlung dieser Summe wird in Teilen erfolgen und ist an den Privatisierungsschritt gemäß ÖIAG-Gesetz gebunden.

■ Die vereinbarten Privatisierungen werden bis Ende 1995 je nach Marktlage und Privatisierungsgrad zwischen 15 und 30 Mrd. Schilling an Erlösen bringen.

Das wesentliche Ziel, nämlich eine neuerliche Heranziehung des österreichischen Steuerzahlers für die Mißerfolge der Verstaatlichten Industrie wurde von der Österreichischen Volkspartei verhindert.

2.5. Gesunde Landwirtschaft

Für die Österreichische Volkspartei stellt die flächendeckende bäuerliche Land- und Forstwirtschaft die Grundlage für die gesicherte Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und für die Erhaltung und Sicherung unserer Kulturlandschaft dar.

Zusätzlich gewinnt sie auch zunehmend an Bedeutung in der Rohstoffproduktion für Industrie und Energiegewinnung.

In Österreich gibt es rund 270.000 bäuerliche Betriebe, 60% davon sind Nebenerwerbsbauern. Mit den Familienangehörigen sind in der Landwirtschaft 476.000 Personen beschäftigt.

Ziel der Volkspartei ist es, die Leistungen der bäuerlichen Landwirtschaft dauerhaft abzusichern, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu erhalten und den Bauern die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zu ermöglichen.

Zur Bewältigung der notwendigen Änderungen durch Strukturwandel, Überproduktion und damit zusammenhängenden Vermarktungsproblemen, aber auch der Beeinträchtigungen der Landwirtschaft durch Umweltprobleme hat die **Österreichische Volkspartei das politische Leitbild der ökosozialen Agrarpolitik entwickelt**: Wichtigste Grundlage für die Sicherung der bäuerlichen Einkommen muß

auch weiterhin die landwirtschaftliche Produktion sein. Diese ist auch die Basis für die überwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft bei der Land- schaftsgestaltung und Umwelterhaltung. Eine Entkoppelung von Produktion und Landschaftspflege ist kein zielführender Weg.

Insbesondere sieht die Volkspartei für eine positive Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft unter EU-Bedingungen folgende Punkte als zentral an:

- Dauerhafte Sicherstellung der notwendigen nationalen Mittel, um im Förderungsbereich die erreichbaren EU-Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.
- Dynamische Gestaltung der leistungsbezogenen Direkt- hilfen zur Abgeltung der überwirtschaftlichen Leistungen der Bauern.
- Unterstützende Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung.

Wir werden im Rahmen der vorgesehenen Möglichkeiten in der Europäischen Union dafür eintreten, daß sich die Agrarpolitik der EU in den kommenden Jahren noch stärker als sie bisher getan hat, am ökosozialen Weg der österreichischen Agrarpolitik orientiert.

Im einzelnen setzt der Erhard Busek Wirtschaftsplan auf fol-

gende Maßnahmenbündel für die österreichische Landwirtschaft:

Produktion, Verarbeitung und Vermarktung

- Finanzielle Absicherung eines gemeinsamen Agrarmarktings.
- Rationalisierungsmaßnahmen und Investitionsförderungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe.
- Qualitätssicherungsprogramme zur Absicherung der österreichischen Qualitätsproduktion.

Kostenentlastung

- Verbesserung und Angleichung der Wettbewerbsbedingungen der österreichischen Bauern gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten.

Förderung

- Unbürokratische Abwicklung der EU-Förderprogramme für die Landwirtschaft.
- Sicherstellung der notwendigen nationalen Mittel zur vollen Inanspruchnahme der EU-Förderungsmittel.
- Laufende budgetäre Aufstockungen der Mittel im Umweltprogramm.
- Förderung von Erzeugergemeinschaften, gemeinsamen Vermarktungsinitiativen und

Dauermaßnahmen	<p>Agrarsystem nach EU-Beitritt</p> <p>direkt einkommenswirksam</p> <p>indirekt einkommensw.</p> <table border="1"> <tr> <td> <p>FLÄCHEN-PRÄMIE Getreide Olisaaten Eiweißpflanzen Hopfen, Lein, Hanf, Flachs Stärkekartoffel Flächen- stilllegung</p> </td> <td> <p>Förderungen: - für Investitionen - für Jungbauern - von Erzeugergemeinschaften - Verarbeitungsindustrie und Vermarktungs- einrichtungen - Agrarmarketing - von Projekten in strukturschwachen (5b) Gebieten</p> </td> </tr> <tr> <td> <p>Erlös aus dem Verkauf der Agrarprodukte "PREIS"</p> </td> <td> <p>Erzeugergemeinschaften - Verarbeitungsindustrie und Vermarktungs- einrichtungen - Agrarmarketing - von Projekten in strukturschwachen (5b) Gebieten</p> </td> </tr> </table>	<p>FLÄCHEN-PRÄMIE Getreide Olisaaten Eiweißpflanzen Hopfen, Lein, Hanf, Flachs Stärkekartoffel Flächen- stilllegung</p>	<p>Förderungen: - für Investitionen - für Jungbauern - von Erzeugergemeinschaften - Verarbeitungsindustrie und Vermarktungs- einrichtungen - Agrarmarketing - von Projekten in strukturschwachen (5b) Gebieten</p>	<p>Erlös aus dem Verkauf der Agrarprodukte "PREIS"</p>	<p>Erzeugergemeinschaften - Verarbeitungsindustrie und Vermarktungs- einrichtungen - Agrarmarketing - von Projekten in strukturschwachen (5b) Gebieten</p>
	<p>FLÄCHEN-PRÄMIE Getreide Olisaaten Eiweißpflanzen Hopfen, Lein, Hanf, Flachs Stärkekartoffel Flächen- stilllegung</p>	<p>Förderungen: - für Investitionen - für Jungbauern - von Erzeugergemeinschaften - Verarbeitungsindustrie und Vermarktungs- einrichtungen - Agrarmarketing - von Projekten in strukturschwachen (5b) Gebieten</p>			
<p>Erlös aus dem Verkauf der Agrarprodukte "PREIS"</p>	<p>Erzeugergemeinschaften - Verarbeitungsindustrie und Vermarktungs- einrichtungen - Agrarmarketing - von Projekten in strukturschwachen (5b) Gebieten</p>				
Übergangs- Maßnahmen	<p>Umweltprogramm in benachteiligten Gebieten AUSGLEICHSZULAGE</p> <p>Kostenentlastung: - Entfall Düngemittelabgabe - Hagelversicherungsförderung - Entfall Weinsteuer - Anzuchtprämie</p> <p>Kostenentlastung: - Zuckerrübenbergung - Geflügelhygiene</p> <p>Schutz vor Markt- störungen verstärkte Investitionsför- derung</p> <p>degressive Ausgleichszahlungen</p>				

stems durch Einfüh-
rung einer Energieab-
gabe bei gleichzeitiger
Entlastung der Ar-
beitskraft wie im
Kapitel "Steuern" des
Wirtschaftsprogram-
mes vorgeschlagen.

- Ausbau der steuerlichen Anreize zum bevorzugten Einsatz biogener Treibstoffe.

Ländlicher Raum, Infrastruktur

- Forcierung der heimischen Energie durch Nutzung und Ausbau heimischer erneuerbarer Energie-träger (Wasserkraft, Energie aus Biomasse), Nah- und Fernwärmeprojekte und Investitionen in Energie-sparmaßnahmen.

Maschinenringen zur besse-
ren Nutzung kapitalintensi-
ver Investitionen.

Sozialbereich

- Erhöhung des Tagsatzes beim Wochengeld und bei der Betriebshilfe.
- Absenkung des fiktiven Ausgedinges, um eine erhebliche Schlechterstellung bäuerlicher Pensionisten gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zu verringern.

- Reform der Unfallversiche-
rung in der bäuerlichen Sozi-
alversicherung.

Steuern

- Ökologisierung des Steuersy-

2.6. Tourismus und Freizeitwirtschaft

Landschaftliche Schönheit, mitteleuropäische Kultur, jahr-
hundertealte Geschichte im
Herzen Europas, lebens- und
liebenswerte Umwelt und
freundliche Menschen bilden die
Grundlage für Österreichs Er-
folg als Urlaubs- und Ferienland.
500.000 Arbeitsplätze sind in
Österreich direkt oder indirekt
vom Tourismus betroffen. Unser
Wirtschaftsplan steht dafür, diese
Arbeitsplätze dauerhaft abzusie-
chern und weiter auszubauen.

Der Anteil des Tourismus- und
Freizeitsektors in Österreich
beträgt etwa 15 % des Bruttoin-
landsproduktes. Die Tourismus-
branche ist ein wichtiger öster-
reichischer Devisenbringer. Auf
jeden Österreicher kommen
allein aus dem Tourismus Ein-
nahmen von ca. 20.000 Schilling
pro Jahr (das ist 10 mal so viel
wie in Deutschland und fast
doppelt so viel in der Schweiz).
Im Jahre 1992 gab es in Öster-
reich 130 Millionen Touristen-
Nächtigungen - und daraus
Deviseneinnahmen von rund 160
Mrd. Schilling.

**Wir wollen uns weiterhin als
das führende Land des europäi-
schen Qualitätstourismus
behaupten. Für unsere Wirt-
schaftspolitik steht die Rück-
sichtnahme auf die heimische
Bevölkerung, die Erhaltung der
natürlichen Umwelt und der
weitere Ausbau der Qualität im
Vordergrund.**

Der sorgsame Umgang mit den Ressourcen ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft.

Unser Wirtschaftsplan tritt dabei für die Verbesserung der betrieblichen Rahmenbedingungen im Tourismus ein. Unser Wirtschaftsplan will die für die weitere Qualitätsverbesserung notwendigen Investitionen, durch die Schaffung entsprechender steuerlicher Rahmenbedingungen, zukunftsstaulicher Förderungsaktionen und anwendbarer Kapitalmarktinstrumente, für die Betriebe möglich machen.

Damit die im Tourismus notwendige Qualität auch langfristig garantiert werden kann, tritt unser Wirtschaftsplan für den Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote im Touristikbereich ein. Unser Wirtschaftsplan betont die Bedeutung einer zusätzlichen Ausbildung im Rahmen von Fachhochschulen bzw. eines neu zu schaffenden universitären Tourismus-Studiums.

Unser Wirtschaftsplan setzt sich vehement für ein tourismustaugliches, flexibles Arbeitsrecht ein, das die Attraktivität der Arbeitsplätze im Sinne dieses Dienstleistungsbereiches fördert. Tourismus soll den Wohlstand erhöhen und nicht die Lebensqualität beeinträchtigen.

Unser Wirtschaftsplan setzt dabei auf folgende Schwerpunkte:

- **Entzerrung der Tourismusströme:** Die örtliche und

zeitliche Konzentration "zu vieler" Gäste kann zu Problemen führen. Im Sinne der Tourismuswirtschaft strebt unser Wirtschaftsplan eine weitgehende Entzerrung der Tourismusströme durch verstärkte Staffeln der Schulferien sowie eine Verlegung auf die Vor- und Nachsaison an.

- Durch die **Aufrechterhaltung des sozialen Gefüges in den touristischen Zentren** will unser Wirtschaftsplan gewährleisten, daß die Schönheit der österreichischen Heimat gewahrt bleibt. Dabei gehört die örtliche Vereinskultur zur Lebensqualität der Einheimischen und der Gäste.

- Zur **Erhaltung unserer alpinen Regionen** unterstützt unser Wirtschaftsplan jene Bundesländer, die bei touristischen Infrastrukturprojekten wie Lifanlagen oder Gletscherschließungen eine Politik des Augenmaßes verfolgen.

- Zur **Bewältigung des Freizeitverkehrs** und seiner Probleme tritt unser Wirtschaftsplan für integrierte Tourismus- und Verkehrskonzepte ein und wird ein spezielles regionalwirtschaftliches Förderungsinstrument dazu entwickeln.

- Verstärktes Augenmerk legt unser Wirtschaftsplan auch auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Touris-

mus und der Landwirtschaft. Gemeinsame Marketingstrategien sollen dazu beitragen, daß die landwirtschaftlichen Produkte im Tourismusbereich einen großen Abnehmerkreis finden und gleichzeitig das Lebensmittelangebot für unsere Gäste aufgewertet wird.

- Unser Wirtschaftsplan fordert die **zügige Errichtung von Nationalparks** als große touristische Chance für die betroffenen Gemeinden und gleichzeitig als zukunftsstauendes Instrument für den Naturschutz.

- Unser Wirtschaftsplan sieht das gesunde, kontinuierliche Wachstum des tragenden Wirtschaftszweiges Tourismus nur dann sichergestellt, wenn die **Balance zwischen den wirtschaftlichen Überlegungen und den ökosozialen Anforderungen** immer beachtet und damit nicht verloren geht.

Inhalts- verzeichnis

Ziele einer **umfassenden
Sicherheitspolitik**

1. Sicherheit in **Europa**
2. Sicherheit im **Alltag**
3. Sicherung von **Natur**
und **Umwelt**
4. **Wirtschaftliche** und
soziale Sicherheit
5. Sicherheit durch **De-
mokratie** und **Recht**

Der Erhard Busek **Sicherheitsplan** zum Schutz der Bürger in Österreich

Umfassende Sicherheit für Österreich

Sicherheit im persönlichen Leben, in der Gesellschaft und im Staat ist ein zentrales Bedürfnis, aber auch ein Recht von Frauen und Männern, Kindern, Jugendlichen und Senioren in Österreich.

Mit großer Sorge beobachten wir daher die steigende Kriminalität, das organisierte Verbrechen, den Bürgerkrieg am Balkan, die politischen Unsicherheiten in ehemals sozialistischen Staaten. Dazu kommen die Fragen nach dem sicheren Arbeitsplatz und der langfristigen Finanzierung unseres Sozialsystems sowie der Pensionen und Renten.

Wir benötigen daher dringend einen umfassenden Sicherheitsplan für Österreich. **Denn die Politik hat die Aufgabe, Angst zu nehmen und nicht Angst zu machen.** Und wenn wir feststellen müssen, daß sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlen, weil die Kriminalität zunimmt,

daß sich ältere Menschen fürchten, am Abend in den Städten öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, dann hat die Politik dagegen etwas zu tun!

Die Volkspartei will mit ihrem Erhard Busek-Sicherheitsplan umfassende Sicherheit in Österreich gewährleisten. Denn die Menschen haben ein elementares Recht, frei von gefährlichen Überraschungen leben zu können. Nichts ist für den einzelnen verletzender, als beraubt, bestohlen oder an Leib und Leben bedroht zu werden. Nichts belastet den einzelnen mehr, als seines Arbeitsplatzes oder seiner sozialen Rechte nicht mehr sicher sein zu können. Nichts ist für den Menschen irritierender als politische Unsicherheit in und außerhalb von Österreich. Und nichts kann die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen mehr gefährden als achtloser Umgang mit der Schöpfung, unserer Natur.

Die Volkspartei versteht unter verantwortungsbewußter Politik, die Sicherheitsbedürfnisse und Ängste der Menschen ernstzunehmen. Die möglichen Bedrohungen der Sicherheit müssen beseitigt werden. Die Volkspartei verurteilt gleichzeitig aber jeden Versuch, in der Politik mit einer Radikalisierung der politischen Sprache die Angst der Menschen anzuheizen; dadurch wird lediglich ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem sehr schnell politischer Extremismus entsteht. Wir stehen vielmehr für Seriosität, Verlässlichkeit und Kontinuität in der Sicherheitspolitik Österreichs. Sicherheit erfordert von der Politik Maßnahmen und nicht Radikalität! Sicherheit erfordert das rechte Maß in der Mischung von Stabilität und Dynamik.

Der Erhard Busek-Sicherheitsplan ist ein umfassendes Sicherheitskonzept, denn die Volkspartei steht

- für Sicherheit in Europa
- für Sicherheit im Alltag
- für die Sicherung von Natur und Umwelt
- für wirtschaftliche und soziale Sicherheit
- für Sicherheit durch Demokratie und Recht, ohne die Freiheit für alle Menschen unmöglich wäre.

Umfassende Sicherheitspolitik ist mehr als Verbrechensbekämpfung, ist mehr als eine gut ausgerüstete Polizei und Gendarmerie. Umfassend ist Sicherheit erst, wenn wir gleichzeitig auch für soziale Sicherheit sorgen: Das

Der Erhard Busek Sicherheitsplan

heißt, daß jeder seinen sicheren Arbeitsplatz hat, die Pensionen jeden Ersten des Monats auszahlt werden, daß unsere Sozialleistungen und das Gesundheitswesen finanzierbar bleiben. Umfassend ist Sicherheit, wenn der Rechtsstaat funktioniert, die Gesetze verständlich sind, es keinen Amtsmißbrauch, keine Korruption und keinen Willkür der Behörden gibt. Die Volkspartei vereint daher im Erhard Busek-Sicherheitsplan die politischen, militärischen, strafrechtlichen, polizeilichen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Aspekte einer umfassenden Sicherheit aller Staatsbürger.

Der wirksame Schutz der Bürger setzt die soziale Stabilität in der Gesellschaft voraus. Nur sozialer Frieden, eine dynamische Wirtschaft und genügend Arbeit für alle Menschen können die sozialen, politischen, kulturellen und natürlichen Lebensbedingungen in Österreich sichern.

Darüber hinaus erfordert die subjektive Sicherheit der Menschen ein hohes Maß an kultureller Identität, das Bewußtsein von geistigen und moralischen Werten in der Gesellschaft, Geborgenheit in den Ländern und Regionen Österreichs, die wir als Heimat empfinden. Denn viele Bürger sind von einem Gefühl der Ohnmacht betroffen. Sie glauben, es persönlich nicht mehr zu schaffen, und fühlen sich vom Staat schutzlos dem scheinbar unaufhaltsamen Fluß der Geschehnisse ausgeliefert.

Die Sicherheitspolitik des Erhard Busek-Sicherheitsplans ist aus einem Guß: Weil sie alle Aspekte der Sicherheit umfaßt, sich um Ausgewogenheit in der Darstellung und Lösung der verschiedenen Probleme bemüht, die inneren Zusammenhänge von verschiedenen Sicherheitsproblemen aufzeigt und sich mit klaren Prinzipien um die bestmögliche Lösung dieser Probleme bemüht.

Die Volkspartei bekennt sich dazu, daß der Staat die Verpflichtung hat, seine Bürger optimal von Gefahren zu schützen. Dieser Schutz der Bürger darf aber umgekehrt nicht zur Bevormundung führen. Das Sicherheitsverständnis der Volkspartei beruht vielmehr darauf, daß die umfassende Sicherheit der Gesellschaft erst durch ein **Verknüpfen der verschiedensten Maßnahmen** zur Bekämpfung der Gefahren und Konflikte erreicht werden kann.

Die Volkspartei bekennt sich zu einer **aktiven Sicherheitspolitik.**

Gestaltungswille und Gestaltungskraft sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Wahrung der Sicherheit Österreichs. Denn Abwarten, Zaudern und bloßes Reagieren auf die jeweils akut werdenden Bedrohungen führt meist dazu, daß der günstigste Zeitpunkt für das eigene Handeln versäumt wird. Unsere Sicherheit erfordert Initiative und nicht bloßes Abwarten!

Vorbeugen ist daher der Schlüsselbegriff unserer Sicherheitspolitik.

Darüber hinaus will die Volkspartei mit dem Erhard Busek-Sicherheitsplan zukünftige **Prospektiven** aufzeigen. Es geht nicht nur allein um die Erfüllung der heute gestellten Aufgaben, sondern auch darum, künftige Sicherheitsprobleme im Auge zu behalten und sich schon heute bestmöglich darauf einzustellen. Wir wollen uns aktiv im Rahmen unserer Möglichkeiten den Entwicklungen - etwa im Bereich der Europäischen Union - stellen, um das Sicherheitsinteresse der Menschen in Österreich auch in Zukunft zu wahren.

Grenzüberschreitende Sicherheitsprobleme verlangen grenzüberschreitende Lösungen. Viele Herausforderungen von heute sind nicht mehr im Alleingang Österreichs zu bewältigen. Das gilt für alle möglichen Arten von Gefahren und Bedrohungen, denen man mit Aussicht auf Erfolg nur gemeinsam entgegen treten kann. Das gilt ebenso für jene Chancen, die wir nur im Rahmen der größeren Gemeinschaft der Europäischen Union rechtzeitig erkennen und unter gemeinsamer Anstrengung nützen können.

Wir halten daher den traditionellen Begriff der nationalen Sicherheit in zunehmendem Maß für zu eng. Österreichs Sicherheit kann nicht mehr allein auf nationaler Ebene gesucht werden, sondern verlangt regionale und europäische Zusammenarbeit.

1. Sicherheit in Europa

Kein Staat in Europa kann heute dem Sicherheitsbedürfnis seiner Bürger ohne enge Zusammenarbeit mit der europäischen Staatengemeinschaft gerecht werden. Die Europäischen Union eröffnet daher unserem Land erstmals in der Geschichte dieses Jahrhunderts die Möglichkeit, freiwillig aus eigenem Entschluß an einer umfassenden europäischen Sicherheits- und Friedensordnung teilzunehmen.

Unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab 1. Jänner 1995 ist somit nicht allein eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit für Österreich, sondern der einzig richtige Weg, die umfassende staatliche Sicherheit und damit die Sicherheit aller Österreicher in diesem entscheidenden Abschnitt der Geschichte zu festigen.

Durch den Niedergang des Kommunismus in den Staaten Ost- und Mitteleuropas sind neue Orientierungen in der europäischen Sicherheitspolitik nötig. In diesem Sinn ist 1989 nicht nur für den Osten, sondern mindestens genauso tiefgehend für den Westen ein Jahr, das eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte markiert. Mit großer Freude beobachten wir, daß die militärischen Gegner von einst an einem gemeinsamen Tisch Platz nehmen. Sie haben erkannt, daß Sicherheit in Europa nicht gegeneinander, sondern nur mit-

einander zu erreichen ist. Wir legen darauf Wert, daß Österreich den uns zustehenden Platz am Tisch überall dort einnimmt, wo die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger betroffen ist.

Die österreichische Bevölkerung hat daher das Recht, über die grundlegend veränderten Rahmenbedingungen der europäischen Sicherheitspolitik und den durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union notwendigen Kurswechsel in der österreichischen Sicherheitspolitik offen informiert zu werden.

Die **Neutralität** hat Österreich historisch in den letzten Jahrzehnten sehr viel gebracht; sie hat aber nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ihren Hintergrund und eigentlichen Adressaten verloren. Die neuen militärischen Bedrohungen, denen Österreich ausgesetzt ist, und die globalen Änderungen im Sicherheitsgefüge machen nicht deshalb vor Österreich halt, weil es neutral ist.

Europäische Union

Die Volkspartei will aktiv die **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union** mitbestimmen. Wir glauben dabei grundsätzlich, daß Österreich die Öffnung des europäischen Integrationsprozesses auch für unsere Nachbarn im Osten und Südosten Europas ermöglichen soll.

Je früher sich die Idee einer umfassenden gemeinsamen Sicherheitspolitik der Europäischen Union verwirklichen läßt, desto sicherer wird auch Österreich. Unser Land soll im Rahmen des Möglichen alles dazu beitragen, die Übergangszeit bis dahin so kurz wie möglich zu halten.

Wir wollen daher als vollberechtigter Partner in der Europäischen Union den Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems gemeinsam vorbereiten. Wir wollen diesen für die Sicherheit unseres Landes äußerst wichtigen Prozeß aktiv mitgestalten. Im Hinblick auf die gesamteuropäische Funktion, die in diesem Zusammenhang der **Westeuropäischen Union (WEU)** zukommt, und wegen der Krisenanfälligkeit unseres geopolitischen Umfelds liegt für die Volkspartei eine künftige **Vollmitgliedschaft in der WEU** im Interesse der Sicherheit Österreichs.

Partnerschaft für den Frieden

Fast alle europäischen Staaten, die am KSZE-Prozeß teilnehmen, beteiligen sich bereits - wie auch die neutralen Länder Schweden und Finnland - an der von der NATO angebotenen **Partnerschaft für den Frieden.** Die Partnerschaft für den Frieden ist damit ein neues sicherheitspolitisches Instrument für Europa. Österreich nimmt Möglichkeiten der internationalen Kooperation insbesondere in den Bereichen Peace-keeping, Kata-

strophenhilfe und bei humanitären Einsätzen bereits bisher wahr. **Österreich soll sich daher auch an der Partnerschaft für den Frieden beteiligen** und die bisherige internationale Zusammenarbeit ausbauen und festlegen.

Die **NATO** selbst ist eines der wichtigsten Instrumente bei der sicherheitspolitischen Neugestaltung Europas, weil einerseits nur sie in der Lage ist, die Umgestaltung des europäischen Sicherheitsprozesses zu gewährleisten, und andererseits, weil sie zum wichtigen Stabilitätsfaktor auch für Ost-Mitteleuropa geworden ist. **Berührungspunkte mit der NATO sind daher nur noch als ein Relikt aus der Zeit des Kalten Kriegs anzusehen.**

Internationale Solidarität

Die nationale Sicherheit profitiert von der **internationalen Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik.**

Wir treten daher für eine Beteiligung Österreichs an der internationalen Friedenssicherung ein. Es muß allen Österreichern klar sein, daß unser Land im Krisenfall bei der Sicherung der eigenen Position auf internationale Solidarität angewiesen ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wir werden daher immer wieder unsere Bereitschaft zur internationalen Verantwortung mit der Beteiligung an konkreten friedenssichernden Maßnahmen zu demonstrieren haben, um im Ernstfall ebenfalls mit Beistand rechnen zu können.

Die Volkspartei glaubt, daß Österreich mit den **UNO-Friedenseinsätzen des Bundesheers** einen wichtigen Beitrag zur internationalen Solidarität leistet.

Friedenskorps

Über die bisherigen militärischen friedenserhaltenden Aktionen im Dienst der Vereinten Nationen hinaus werden in Hinkunft vermehrt gezielte humanitäre Aktionen, die Errichtung von Schutzzonen, die Übernahme von lokalen Vermittlungsdiensten, die Wahlbeobachtungen, die Rückführung von Flüchtlingen und der Wiederaufbau zerstörter Einrichtungen sowie die vorübergehende, provisorische Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben große Bedeutung gewinnen. **Die Volkspartei will daher die Gründung eines österreichischen Friedenskorps erreichen:** Bis zu 3000 Frauen und Männer aus Österreich sollen sich im Rahmen von internationalen Übereinkommen freiwillig an militärischen und zivilen Einsätzen für die Sicherung von Frieden und Freiheit in den Krisenregionen dieser Welt beteiligen können.

Die militärischen Einheiten eines Friedenskorps' müssen zur Übernahme von Aufgaben, die sich nicht bloß aus dem Notwehrrecht, sondern auch aus einer gewissen Nothilfepflicht gegenüber zu schützenden Menschen ergeben, sorgfältig vorbereitet sein. **Auf Initiative von Erhard Busek wurde daher in Österreich in enger Zusammen-**

arbeit mit der UNO ein regionales Ausbildungszentrums gegründet, das den wissenschaftlichen und technischen Hintergrund für zivile Einsätze im Dienst des Friedens erarbeitet. Wir wollen damit sicherstellen, daß ein österreichisches Friedenskorps bestens ausgebildete Personen einsetzen kann.

KSZE-Prozeß

Nach dem Erhard Busek-Sicherheitsplan hat Österreich eine **wichtige Rolle im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)** nicht zuletzt als Gastgeber im Zuge der Festigung und Institutionalisierung des KSZE-Prozesses. Die KSZE bleibt das zentrale Dialogforum für Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und Rüstungskontrolle. Zudem kann die KSZE eine wesentliche Funktion im Bereich der präventiven Krisendiplomatie übernehmen. Wir treten daher für eine Fortführung des Engagements Österreichs als aktives KSZE-Mitglied ein.

Nachbarn haben häufig gemeinsame Sicherheitsprobleme. Zum Beispiel ist die **Beseitigung der Gefährdung durch die veralteten Kernkraftwerke** in unseren östlichen Nachbarstaaten nur im Weg einer funktionierenden Sicherheitsnachbarschaft möglich. Die Volkspartei will daher in der künftigen Bundesregierung für regelmäßige Kontakte und die Schaffung verschiedener grenzüberschreitender Einrichtungen zur engen Zusammenarbeit sorgen.

Wir erinnern daran, daß die Gründungsidee der Montanunion darin bestand, durch grenzüberschreitende Wirtschaftsverflechtungen Kriege zwischen benachbarten Staaten unmöglich zu machen. Die Volkspartei tritt daher dafür ein, dieses erfolgreiche Rezept erneut gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn anzuwenden. Die wohlhabenden europäischen Länder, zu denen auch Österreich zählt, können ihre politischen, ökonomischen und sozialen Sicherheitsstandards nur halten, wenn sie an der politischen und ökonomischen Stabilisierung der Staaten in Ost- und Südosteuropa mitwirken.

Landesverteidigung

Die zentrale Aufgabe der heimischen Sicherheitspolitik ist für die Volkspartei die Sicherstellung der umfassenden Landesverteidigung.

Es ist zwar grundsätzlich eine politische Entscheidung, wie und unter welchen Bedingungen Österreich an europäischen Sicherheitseinrichtungen teilnimmt. **Unser Bundesheer muß aber auf das Zustandekommen europäischer Sicherheitseinrichtungen strukturell und organisatorisch vorbereitet und in der politischen Diskussion außer Streit gestellt werden.** Im Interesse der Sicherheit Österreichs müssen wir daher mit aller Energie auf ein europäisches Sicherheitssystem hinarbeiten.

Das Bundesheer muß in seiner Bewaffung, Ausrüstung und

Ausbildung auf internationale Standards gebracht werden. Das setzt auch eine **international vergleichbare Budgetierung** voraus. Seit der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch die Volkspartei im Jahr 1987 wurden bereits richtungsweisende Verbesserungen sowohl in der Heeresgliederung, als auch in der Ausrüstung und Bewaffung des Bundesheers erreicht. Dieser erfolgreiche Weg muß fortgeführt werden!

Die zukünftige Organisationsform des österreichischen

Verteidigungssystems stellt für Volkspartei weder ein politisches Dogma noch eine ideologische Streitfrage dar. Sie darf aber auch nicht zum Exerzierfeld für wehrpolitischen Aktionismus werden. Der Volkspartei geht es allein um die bestmögliche Sicherheit unseres Landes. Allgemeine Wehrpflicht, Freiwilligenheer und Berufsheer sind alternative Modelle, die auch Mischformen zulassen und in erster Linie an der damit zu erzielenden Sicherheit und militärischen Effizienz zu messen sind.

Die Volkspartei bekennt sich grundsätzlich zur Professionalisierung der Landesverteidigung. Der für die Demokratie wesentliche Vorteil des Milizprinzips liegt für uns in der aktiven Beteiligung der Bürger auf breiter Basis.

Wir sprechen uns für eine Öffnung des Heers für Frauen nach dem Grundsatz des Freiwilligenprinzips aus. Österreich ist einer der letzten westlichen

Staaten, die einen freiwilligen Zugang von Frauen zum Heer nicht gestatten. Wir wollen daher eine vorurteilsfreie Überprüfung, welche Aufgaben Frauen im Bundesheer übernehmen könnten.

2. Sicherheit im Alltag

Der Staat hat die Pflicht, seine Bürger zu schützen. Der Erhard Busek-Sicherheitsplan ist ein Konzept dafür, wie die Regierung den Menschen die Angst vor Kriminalität und organisiertem Verbrechen nehmen kann. Denn unser Grundsatz lautet, daß die Politik die Aufgabe hat, den Menschen die Angst zu nehmen und nicht Angst zu machen.

Aus dem Gespräch mit unseren Mitbürgern wissen wir, daß die Angst vor einem Ansteigen der Kriminalität in der Bevölkerung wächst. Wir wissen auch, daß diese Angst nicht unberechtigt ist: Alle fünfzehn Minuten wird ein Auto aufgebrochen, und etwa jede Dreiviertelstunde wird in eine Wohnung oder in ein Einfamilienhaus eingebrochen. Die Menschen in unserem Land erwarten zu Recht, daß der Staat mit all seinen Möglichkeiten Kriminalität und Gewalt wirksam bekämpft.

Reform der Sicherheitseinrichtungen

Der Schutz der Bürger vor Kriminalität ist die zentrale Aufgabe der Polizei und der Gendarmerie in Österreich. Die Volkspartei will in Österreich sicherlich alles andere als einen Polizeistaat errichten; wir verlangen aber, daß die Sicherheitseinrichtungen in Österreich unsere Bürger wirksam schützen können. **Wir fordern daher eine**

durchgreifende Organisationsreform und eine vernünftige Personalplanung, die aus unseren österreichischen Sicherheitseinrichtungen eine schlagkräftige Organisation machen.

Wir wollen erreichen, daß durch die **deutliche Anhebung der Qualität der Ausbildung** für die Frauen und Männer in den verschiedenen Sicherheitseinrichtungen die Effizienz und der Erfolg in der Prävention und der Verbrechensbekämpfung sowie der eigene Selbstschutz für die Polizei größer werden.

Wir schlagen daher die **Errichtung einer Sicherheitsakademie** vor, die mit der hochqualifizierten Aus- und Weiterbildung aller Angehörigen der Exekutive beauftragt wird und die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen für umfassende Sicherheit im Land aufbereiten soll.

Angesichts der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Versäumnisse in der österreichischen Sicherheitspolitik gewinnt auch die Frage der **Motivation unserer Polizisten und Gendarmen** eine neue Dringlichkeit: Trotz der auf Drängen der Volkspartei in den letzten vier Jahren erreichten Änderungen müssen wir rasch Schritte setzen, um das Selbstbewußtsein jener Mitbürger anzuheben, die sich dieser schwierigen Aufgabe im Dienst der Sicherheit der Bürger stellen. Die durch eine neue Qualität des

Verbrechens enorm gestiegenen Anforderungen verpflichten den Staat, die Angehörigen der Exekutive nach schwierigen dienstlichen Einsätzen bei der Bewältigung von persönlichen Krisensituationen entsprechend zu betreuen und die Möglichkeiten einer Supervision anzubieten.

Wir halten eine **forcierte Bereitstellung von Spezialisten zur Bekämpfung der neuen Formen der organisierten Kriminalität** für unumgänglich. Im vermehrten Maß werden auch externe Spezialisten zur Aufklärung von kriminellen Vorgängen (zum Beispiel in der Wirtschaft) heranzuziehen sein.

Erhöhte Präsenz

Zur Steigerung der persönlichen Sicherheit der Menschen verlangt die Volkspartei die **erhöhte Präsenz von Polizei und Gendarmen auf den Straßen und Gendarmerte auf den Dörfern und Städten**. Allein durch die simple **Entlastung von bürokratischen Schreibarbeiten** in den Wachstuben können sofort über tausend Polizisten und Gendarmen mehr ihren eigentlichen Verpflichtungen zum Schutz der Bürger nachkommen.

Der **sichtbare Einsatz der Polizisten und Gendarmen auf den Straßen** wird nicht allein mit dem Streifendienst in Kraftfahrzeugen erreicht, sondern nur durch Streifengänge zu Fuß oder mit Fahrrädern; **das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung steigt erst, wenn sie ihre Polizisten auch in den Nachbarschaften**

sehen kann; zusätzlich wird dadurch auch ein Zurückdrängen des zunehmenden Vandalismus bewirkt.

Bessere Ausrüstung

Die Volkspartei verlangt, daß Polizisten und Gendarmen in ihrer **Ausrüstung** (Waffen, Kommunikationstechnologie etc.) den immer besser ausgerüsteten Verbrechern nicht unterlegen sein dürfen. Bei der Errichtung und beim **gemeinsamen Betrieb von zentralen kriminaltechnischen Labors der Polizei und Gendarmerie fordern wir intensive Zusammenarbeit mit der Wissenschaft**, die auf diesem Gebiet eindrucksvolle Fortschritte erzielt. Die viel zu spät begonnene und weithin noch fehlende **Ausstattung der Wachzimmer mit moderner Bürokommunikation** ist heute, im Kampf gegen ein immer besser und moderner ausgerüstetes Verbrechermesen, ebenfalls ein gewaltiges Handikap unserer Sicherheitskräfte.

Zur Verbesserung der Chancen unserer Exekutive müssen die verschiedenen **Datensysteme rasch miteinander vernetzt** und auf europäische Standards gebracht werden, um die Möglichkeiten der modernen Kommunikationsstechnologie in der Verbrechensbekämpfung national und international optimal zu nutzen.

Grenzsicherung

Die Sicherheit im Alltag der Menschen beginnt an unseren

Grenzen. **Die Staatsgrenzen Österreichs zu den Ländern Südost- und Osteuropas gewinnen als Außengrenzen der Europäischen Union ab 1. Jänner 1995 eine ganz neue Bedeutung.** Wir fordern daher die rasche **Errichtung einer Grenzpolizei.** Zur Unterstützung der umfassenden und schlagkräftigen Grenzkontrolle müssen die Assistenzeinätze des Österreichischen Bundesheers an den Staatsgrenzen fortgesetzt werden.

Die Bekämpfung des international organisierten Verbrechens und Bandenwesens kann nur durch die **Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden innerhalb der Europäischen Union** erfolgreich sein. Wir treten daher für eine enge **internationale Kooperation der verschiedenen Sicherheitseinrichtungen** ein, um den optimalen Zugang zu Informationen und Daten zu ermöglichen. Nur so kann die international operierende Kriminalität in Österreich schlagkräftig verfolgt werden. Österreich muß sich daher aktiv am möglichst raschen Aufbau eines europäischen Systems der inneren Sicherheit (zum Beispiel EURO-POL) beteiligen, das in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur österreichischen Sicherheit leisten wird.

Prävention

Die Volkspartei setzt auch auf die Mündigkeit des einzelnen Staatsbürgers, der sich mit vorbeugenden Maßnahmen selbst gegen Verbrechen schützen

kann. Daher sind für uns **Information und Aufklärung der Bürger in Beratungsdiensten** sehr wichtig. Es muß gelingen, daß jeder österreichische Haushalt weitgehend sicher vor Bedrohungen wird und Maßnahmen zu seinem eigenen Schutz selber treffen kann. Wir verlangen daher den **Aufbau eines dichten Netzes von polizeilichen Beratungsdiensten**, bei denen jederzeit rasche und unbürokratisch Informationen über wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit (zum Beispiel für die Sicherung der Wohnung oder des Autos) erhältlich sind. Dazu muß die Zahl der im kriminalpolizeilichen Beratungsdienst eingesetzten Beamten wesentlich erhöht werden.

Funktionierende Nachbarschaften und vertrauensvolle Kommunikation zwischen den lokalen Sicherheitseinrichtungen und den Menschen sind wesentliche Voraussetzungen zur Steigerung der Sicherheit in unseren Dörfern und Städten. Daher verlangen wir auch, daß sogenannte **"Angsträume"** (zum Beispiel in Tiefgaragen, Fußgängerpassagen, auf dunklen und uneinsehbaren Plätzen etc.) gemeinsam mit den Betroffenen erfaßt und mit geeigneten Maßnahmen **entschärft werden.**

Der Aufenthalt von Ausländern

Österreich wird, geht es nach dem Willen der Volkspartei, auch weiterhin seinem Ruf als Asyl-land gerecht werden und poli-

tisch, rassisch oder religiös verfolgten Menschen Schutz und Hilfe gewähren.

Seit Mitte der achtziger Jahre beobachten wir aber mit großer Sorge, daß eine immer größer werdende Zahl von Menschen aus dem Osten und Südosten Europas der Wirtschaftssituation ihrer Heimatländer entfliehen und sich in den wirtschaftlich prosperierenden Ländern Europas eine neue Existenz aufbauen will. Die daraus für Österreich entstehenden Probleme müssen von uns mit einer **gezielten Ausländerpolitik** gelöst werden.

Unter der Federführung der Volkspartei entstand für Österreich ein ausgewogenes Gesetzpaket, das sowohl den legalen Aufenthalt von Ausländern als auch das Asylverfahren für politische Flüchtlinge neu regelt. Österreich verfügt damit als einer der ganz wenigen Staaten in Westeuropa über funktionierende Asyl- und Aufenthaltsgesetze.

Durch das neue Asylgesetz wird sichergestellt, daß nur noch jene, die wirklich verfolgt sind, in unserer Heimat Asyl finden. Dies hat sich, wie die sinkende Zahl der Asylgesuche aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks zeigt, international rasch herumgesprochen. Und durch das neue Aufenthaltsgesetz wird sichergestellt, daß nur noch jene Menschen eine Bewilligung zum Aufenthalt erhalten, für die es genügend Kapazität auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie im Bildungsbereich gibt.

Die Volkspartei steht aus Gründen der umfassenden Sicherheit in Österreich zu diesen neuen Gesetzen. Für uns muß aber gleichzeitig sichergestellt sein, daß der Vollzug auf der Basis der Menschenrechte und der Menschenwürde erfolgt.

Gegen illegale Einwanderer und Schwarzarbeiter

Ungeeignet zur Lösung der Ausländerfrage erscheint der Volkspartei eine Politik der offenen Grenzen; dies würde die Einwanderung dem freien Spiel der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt überlassen und sozial schwächere Inländer existentiell gefährden.

Die Volkspartei tritt daher für die **konsequente Bekämpfung der illegalen Einwanderung** mit allen geeigneten Maßnahmen ein. Das beginnt mit der wirkungsvollen Grenzsicherung durch eine eigens einzurichtende Grenzpolizei.

Gleichermaßen stellt aber auch für Inländer die Beschäftigung sowie die Überlassung von Unterküften für illegale Einwanderer einen strafbaren Tatbestand dar, der von den Behörden und den Gerichten konsequent verfolgt werden muß. Die Volkspartei will daher **wirksame Schritte gegen die Schwarzarbeit** setzen, die dem Staat, der Wirtschaft und allen Steuerzahlern Schaden zufügt.

Obwohl in Österreich die Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, aber auch viele andere

Wirtschaftsparten, wie Baugewerbe, Gastgewerbe und Tourismus, ohne ausländische Arbeitskräfte derzeit kaum noch existieren können, wird auf absehbare Zeit eine weitere Anhebung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte nur in geringem Ausmaß notwendig sein.

Bei der Beschäftigung von Ausländern ist den bereits legal in Österreich lebenden Personen der Vorzug gegenüber jenen zu geben, die erst nach Österreich kommen wollen.

Soziale und kulturelle Integration von Ausländern

Insgesamt verfolgt die Volkspartei mit ihrem Erhard Busek Sicherheitsplan das Ziel, den Aufenthalt von Ausländern nach qualitativen, quantitativen und administrierbaren Kriterien zu regeln; das heißt auch: auswählen und begrenzen. Und wir wollen **konkrete Maßnahmen zur Integration** setzen, damit Ausländer nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, den Arbeitsmarkt belasten und sich so neue Unterschichten bilden.

Der Aufenthalt von Ausländern darf sich nicht allein an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, sondern muß sich gleichzeitig auch an der **sozialen Verträglichkeit unter der einheimischen Bevölkerung** orientieren. Eine Einwanderungspolitik zu Lasten der österreichischen Bevölkerung kann es nicht geben! Das heißt konkret, der

Aufenthalt hat sich unter anderem nach der Aufnahmekapazität des Schulsystems und des regionalen Wohnungsmarktes zu richten.

Die Erziehung von Kindern aus anderen Nationen mit anderer Sprache ist heute in allen europäischen Industriestaaten zum Problem und damit zu einer neuen Herausforderung für das Bildungssystem geworden.

Ausländer werden sich, bei aller kulturellen Toleranz, im wesentlichen an unsere Sprache anpassen müssen. Ohne Kenntnis der deutschen Sprache kann es zu keiner gegläckten sozialen Integration in Österreich kommen.

Die Volkspartei will sich diesen neuen Herausforderungen stellen und folgende Maßnahmen für ausländische Schüler setzen:

- besonderer Deutschförderunterricht parallel zum Unterricht, Begleitlehrer für jene Schüler, die wegen mangelnder Sprachkenntnisse dem Unterricht nicht folgen können,
- Einrichtung von speziell sprachintensiven Klassen; besonders in Hauptschulen sollen Schüler mit geringen Deutschkenntnissen in Gruppen von 10 bis 12 Schülern verschiedenster nationaler Herkunft sprachlich intensiv betreut werden;
- muttersprachlicher Zusatzunterricht, um den Schülern auch die Möglichkeit der Rückkehr in ihre frühere Heimat zu geben.

Grundsätzlich halten wir fest, daß - ähnlich wie im Bereich des Umweltschutzes - die "neue Völkerwanderung" eine globale Herausforderung darstellt.

Einzelne Staaten für sich allein werden nicht im Stande sein, diese Probleme zu lösen.

Um daher wirkungsvoll die weltweiten Wanderungsströme von Millionen Menschen tatsächlich in den Griff zu bekommen, ist die internationale Staatengemeinschaft aufgerufen, wirkungsvolle Wirtschaftshilfe für die Länder des Ostens und des Südens zu leisten.

Verkehrssicherheit durch Humanisierung des Verkehrssystems

Die Verkehrssicherheit muß künftig einen wesentlichen Teil unserer Lebensqualität ausmachen, vor allem im Sinn einer

Minimierung des Risikos für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. **Der Mensch muß künftig verstärkt in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik gestellt und das Verkehrssystem darf nicht mehr nur aus der Perspektive der Windschutzscheibe betrachtet werden.**

Zur Erhöhung der Lebensqualität - besonders in den Städten - muß es auch zu einer **Verkehrsberuhigung** kommen. Verkehrsberuhigende Maßnahmen sind für uns ein Bündel von bewußtseinsbildenden, baulichen und legislativen Veränderungen, die allesamt ein gemeinsames Ziel haben, nämlich, das Verkehrsgeschehen und die Verkehrssicher-

heit im Ort bzw. im jeweiligen Lebensraum menschengerechter zu gestalten.

Zur Sicherung unserer Lebensqualität wollen wir daher die gezielte Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel (besonders zur Verkehrsreduktion in Stadtgebieten) und spezielle Maßnahmen zum Schutz der Fußgänger (besonders älterer und behinderter Menschen) und Radfahrer durchsetzen. Es geht uns um die Förderung verkehrssicherer Technologien, um die Vorschriften von Sicherheitsverträglichkeitsprüfungen für alle Bauvorhaben, um die Festlegung von Mindest-Sicherheitsnormen für die Straßeninfrastruktur, um gezielte Verkehrserziehung und Information für Kinder und Eltern. Wir wollen die Zweckbindung von Strafgeldern für Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit durchsetzen, die Verbilligung alkoholfreier Getränke, die Schaffung von mehr Park and Ride-Möglichkeiten, Maßnahmen zur Geschwindigkeitsdämpfung wie Straßenrückbauten, Schwellen, Bodenmarkierungen, baulich gestaltete Tempo-30-Zonen, Wohnstraßen, Fußgängerzonen und die Optimierung der Parkraum-Bewirtschaftung.

3. Sicherung von Natur und Umwelt

Die Sicherung von Natur und Umwelt ist ein zentrales Ziel im Erhard Busek-Sicherheitsplan. Die Volkspartei geht dabei in ihren ökonomischen, sozialen und politischen Handlungen davon aus, daß die natürlichen Lebensressourcen der Menschen knapp bemessen sind und daher geschützt und gesichert werden müssen: Umfang und Geschwindigkeit des Eingriffs der Menschen in die Natur durch Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft haben den Bestand der Natur zur Überlebensfrage für die Menschheit gemacht. Wir Menschen müssen daher unseren Lebensstil in Einklang mit der Natur neu ausrichten.

Die Volkspartei unterstützt deshalb einen wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und kulturellen aber vor allem auch geistigen Bewußtseinswandel.

Die Volkspartei verfolgt mit ihrem Ordnungsmodell der **Ökosozialen Marktwirtschaft** das Ziel, den Wohlstand auf Dauer nicht nur für diese, sondern auch für künftige Generationen sicherzustellen. Die erfolgreiche Bewahrung der Natur als natürlicher Lebensraum für uns Menschen hängt in zunehmendem Ausmaß von der intelligenten Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Umweltschutz ab: eine Einsicht, die dank unserer Politik Österreich

beseitigt werden. Die notwendigen finanziellen Mittel dafür können nur durch private Finanzierung, Gebühren für die Benützung von Deponien und staatliche Mittel sichergestellt werden.

Neue Altlasten durch Stoffkreisläufe vermeiden

Um neuerliche Altlasten und hohe Sanierungskosten in Zukunft zu verhindern, soll Abfall nach Möglichkeit vermieden werden. Wir wollen sicherstellen, daß auf allen Gebieten der Anreiz zur Müllvermeidung gesteigert wird. Dies geschieht am besten durch Stoffkreisläufe in den Betrieben.

Sind gefährliche Abfälle unvermeidbar, müssen sie gesichert entsorgt werden. **Deponien dürfen keine neue Altlasten von morgen werden.** Deshalb verlangt die Volkspartei strengste Sicherheitsmaßstäbe. Dasselbe gilt für die Verbrennung von gefährlichen Abfällen in Verbrennungsanlagen.

Die Volkspartei bekennt sich zum Grundsatz, österreichische Abfälle auch in Österreich selbst zu entsorgen. Was wir in Österreich selber nicht wollen, sollten wir auch anderen nicht zumuten. Nur so kann unsere eigene Sicherheit, aber auch die anderer optimal geschützt werden. Wir wollen dieses Prinzip ab 1. Jänner 1995 auch in der Europäischen Union durchsetzen, wo noch nicht in allen Bereichen diese Haltung eingenommen wird.

im internationalen Vergleich zum "Umweltmusterland" werden ließ. So soll es auch bleiben.

Sorgsamkeit ist damit ein Leitmotiv für die umfassende Sicherheitspolitik der Volkspartei!

Umfragen zeigen uns, daß sich die Österreicher in erster Linie über die schöne Landschaft unseres Landes definieren. Diese Grundlage für unser psychisches Wohlbefinden, aber auch für den Tourismus zu sichern, ist unser politischer Auftrag.

Sicherung unserer Umwelt und unserer Lebensgrundlagen bedeutet Schutz vor Zerstörung, Verschmutzung, Verbrauch. Entscheidend für die Zukunft ist der Wandel von der Reparatur zur Pflege, zur sorgsamem Nutzung und zur langfristigen Instandhaltung.

Scharfe Kontrollen, wo Gefahren drohen

Die moderne Gesellschaft produziert trotz Verbesserungen immer noch viele gefährliche **Chemikalien und Abfälle** als unerwünschte Nebenprodukte. In der Vergangenheit sind viele dieser Stoffe sorglos deponiert worden. Diese Altlasten - in Österreich gibt es derzeit 70 - müssen jetzt erfaßt und mit großem finanziellem Aufwand

Naturschutz durch internationale Absicherung

Die Alpen sind das sensibelste Ökosystem in Österreich. Ihre Attraktivität für Touristen und ihre notwendige "Überwindung" durch den Verkehr gefährdet diesen Lebensraum für viele Österreicher.

Deshalb muß die Alpenkonvention, die Österreich bereits unterzeichnet hat, mit Leben erfüllt werden. In den Bereichen Tourismus, Bergwald, Energie usw. müssen nun die notwendigen Vereinbarungen erarbeitet werden. Dadurch läßt sich sicherstellen, daß die Alpen Heimat vieler Österreicher und gleichzeitig Urlaubsgebiet zahlreicher Gäste bleiben.

Landschaft, Naturschutz und Tourismus

15 Prozent des österreichischen BIP werden vom Tourismus erwirtschaftet. Die Grundlage für diesen Wirtschaftszweig bildet eine intakte Umwelt. Um die Grundlage für diese Einkommen der Österreicher zu sichern, wollen wir finanzielle Mittel bereitstellen, die wir als Investition in die Zukunft verstehen.

Wir treten dafür ein, mit den vorhandenen Möglichkeiten den optimalen Schutz der Umwelt voranzutreiben.

Neben den gesetzlichen Maßnahmen im Bereich des Naturschutzes müssen zum Beispiel die Umweltförderungen der

Landwirtschaft auf ihre maximale Schutzwirkung ausgelegt werden. Beispielsweise soll die von der Europäischen Union geförderte Brachlegung von Landwirtschaftsflächen nach ökologischen Prioritäten erfolgen.

Allein mit diesen Maßnahmen kann sowohl die Sicherung bäuerlicher Existenzen als auch die Erhaltung von Ökosystemen erreicht werden.

Bürgerrechte schützen die Umwelt

Um bei Großprojekten schädliche Einflüsse auf die Umwelt zu verhindern, wurde das Gesetz für die Umweltverträglichkeitsprüfung beschlossen.

Es sichert die Überprüfung aller möglichen Umwelteinflüsse eines Projekts und verhindert somit schon in der Planungsphase Umweltschäden.

Gleichzeitig ist dieses Gesetz aber auch eine Garantie für die Mitspracherechte der Bürger. Durch den Zugang zu den Informationen und die Parteilichung von Bürgerinitiativen wird für größtmögliche Transparenz gesorgt.

Trotz dieser strengen Anforderungen gewährleistet das Gesetz eine Entscheidung der Behörden innerhalb von 18 Monaten.

Somit können große Projekte nicht allein zügig und wirtschaftlich, sondern auch bürgernah, transparent und umweltverträglich abgewickelt werden.

Umweltverträgliches Wirtschaften sichert die Umwelt

Die Volkspartei bekennt sich mit der Ökosozialen Marktwirtschaft zu einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise als Grundlage unseres Wohlstands. Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreichs ist nur durch einen Qualitätsvorsprung unserer Wirtschaft möglich. Also treten wir dafür ein, durch eine aktive Umweltpolitik den Strukturwandel und zukunftsweisende Industrien, die gleichzeitig nachhaltig und umweltverträglich sind, zu fördern.

Grundlage dafür ist die Nutzung des Innovationspotentials der österreichischen Industrie. Gleichzeitig müssen wettbewerbsverzerrende Kostenvorteile für weniger umweltbewußte Betriebe abgebaut und schließlich beseitigt werden.

Auch in der Umweltpolitik gilt für uns der Grundsatz, daß durch private Organisation eine erhöhte Effizienz erreicht werden kann.

Als erfolgreiches Beispiel dafür kann der frühere Ökofonds genannt werden. Durch eine Ausgliederung aus der staatlichen Verwaltung und die Entwicklung der Geschäfte über eine Bank konnte innerhalb eines Dreivierteljahrs der gesamte unbearbeitete Förderungsstau aufgearbeitet werden! Zudem konnten 2,3 Milliarden Schilling zusätzlich aus vorhandenen Mitteln ausgeschüttet und damit

zum Schutz der Umwelt und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in ganz Österreich eingesetzt werden.

Hohe Umweltstandards im Industriestandort Österreich sichern

Österreich ist der Beweis dafür, daß hohe Umweltstandards und Wettbewerbsfähigkeit kein Gegensatz sind. Mit Ausgaben für den Umweltschutz von 1,95% des BIP liegt Österreich an erster Stelle der Industriestaaten. Diese im Vergleich hohen Aufwendungen haben Österreich von einem Nachzügler in Sachen Umweltschutz in den siebziger Jahren zum internationalen Vorreiter gemacht.

Gleichzeitig haben diese hohen Standards den Strukturwandel in Österreich beschleunigt und neue Nischen für Unternehmen geschaffen, die Umwelttechnologie nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt erfolgreich vermarkten.

4. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit

Die Menschen in unserem Land erwartet in den nächsten Jahren ein tiefgreifender Wandel des wirtschaftlichen Gefüges. Die Weltmärkte rücken durch verkürzte Transport- und Kommunikationswege zusammen, die westlichen Industrieländer stehen in Konkurrenz zu industriellen Niedriglohnländern, die den gesamten Arbeitsmarkt unter Druck setzen. Auch in Österreich ist bereits ein anhaltender Wandel am Arbeitsmarkt zu beobachten; allein in den letzten Jahren sind in den Betrieben der heimischen Industrie 140.000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Die Volkspartei legt daher mit ihrem Erhard Busek-Wirtschaftsplan ein umfassendes Wirtschaftskonzept vor, mit dem wir neue Arbeitsplätze schaffen, bestehende Arbeitsplätze und die internationalen vorbildlichen Sozialleistungen absichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich erhalten können.

Wir sind davon überzeugt, daß unsere wirtschaftspolitische Erfahrung und Verantwortung die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Menschen in Österreich gewährleisten können. Wir alle sind die Wirtschaft:

Unsere Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die

Erhaltung der Sozialleistungen, die steuerlichen und finanzpolitischen Maßnahmen zur Sicherung eines wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorts Österreich auf den Weltmärkten sind die materiellen Voraussetzungen einer umfassenden Sicherheitspolitik in Österreich.

Wenngleich wir nie in einer Gesellschaft leben werden, die frei von Konflikten sein wird, so ist eine florierende Wirtschaft der wirksamste Schutz vor sozialer Destabilisierung. Nur so können wir steigende Kriminalität, einen zunehmenden Drogenkonsum und die Bildung von Banden wirtschaftlich und sozial frustrierter junger Menschen verhindern. Unser Ziel ist der soziale Frieden und Wohlstand für alle Bürger dieses Landes!

Die Probleme des Sozialstaats

Das Sozialsystem gerät jedoch von verschiedenen Seiten her unter finanziellen Druck: Konjunkturelle und strukturelle wirtschaftliche Schwierigkeiten führen zu Einnahmehausfällen und Zusatzkosten für die Absicherung von Arbeitslosen. Zusätzlichlicher staatlicher Finanzbedarf (Schuldenzinsen, Umweltausgaben) macht den finanziellen Spielraum insgesamt enger - insbesondere auch für Sozialausgaben. Gleichzeitig hat die Bela-

stung der Unternehmen ein Ausmaß erreicht, das weitere Erhöhungen der Sozialleistungen ohne negative wirtschaftliche Begleiterscheinungen derzeit ausschließt.

Zusätzlich zu den finanziellen Schwierigkeiten bahnt sich eine Bewußtseinskrise gegenüber dem Sozialstaat an. Die umverteilten Gelder werden immer mehr, die Verteilungsströme damit aber undurchsichtiger und für den einzelnen nicht nachvollziehbar. Damit gerät aber das Vertrauen in unser Sozialsystem insgesamt in Gefahr.

Tatsächlich haben heute viele Menschen das Gefühl, daß durch komplizierte Regelungen nicht diejenigen vom System profitieren, die es brauchen, sondern diejenigen, die es am besten auszunützen verstehen. Dieses Unbehagen trifft beide Gruppen der Betroffenen: diejenigen, die wirklich hilfsbedürftig sind, und das Gefühl haben, zu wenig zu bekommen; und diejenigen, die das Gefühl haben, mit ihrem Geld ein nicht ausreichend effizientes System zu finanzieren.

Die Volkspartei ist davon überzeugt, daß unser Sozialsystem flexibel bleiben muß, um auf neue soziale Herausforderungen reagieren zu können. Dazu gehört auch, daß die Leistungen an neue Bedürfnislagen angepaßt und Spielräume für die Bewältigung neuer sozialer Probleme geschaffen werden müssen. Zusätzliche Sozialleistungen sind aus heutiger Sicht für uns nur

unter Bedachtnahme auf die gesamten wirtschaftlichen Gegebenheiten möglich.

Die Volkspartei will keine Totalreform des insgesamt gut ausgebauten österreichischen Sozialsystems betreiben, sondern das System schrittweise weiterentwickeln, um bei allen Änderungen und Neuerungen den großen Horizont der sozialen Sicherheit im Auge zu behalten.

Unsere Grundsätze in der Sozialpolitik lauten:

- Erhaltung der Finanzierbarkeit des Sozialsystems,
- Erhaltung der Qualität unseres Sozial- und Gesundheitssystems,
- möglichst geringe Belastung der Arbeit durch Sozialleistungen,
- eine möglichst kostengünstige Bereitstellung der Sozialleistungen,
- einfache, durchschaubare Systeme,
- vorrangige Zielrichtung auf die sozial Bedürftigen,
- möglichste Vermeidung von mißbräuchlicher Inanspruchnahme,
- ein soziales System, das von den Staatsbürgern als gerecht empfunden wird.

Wir wissen, daß im Sozialsystem derzeit oft starre Einkommensgrenzen vorliegen, die nicht selten zu Härtefällen und Ungerechtigkeiten führen. Wir treten daher für gleitende Übergänge und Einschleifregelungen statt starrer Einkommensgrenzen ein. Die Sozialgesetze müssen

sprachlich und in ihrem System vereinfacht werden, um den Zugang zum Recht leichter zu machen. Zur Vermeidung von Mehrfachförderungen sind Förderungskonzentrationen zu überlegen. Bei mißbräuchlicher Inanspruchnahme sozialer Leistungen soll es Strafen und die Verpflichtung zur Rückzahlung geben.

Die verschiedenen Handlungsfelder im Sozialbereich sind eng miteinander vernetzt und können daher nur mit einer Gesamtbetrachtung in den Griff bekommen werden. Trotzdem soll hier im Erhard Busek-Plan versucht werden, die Probleme zu strukturieren und einzelne Fragen herauszuarbeiten.

■ Sicherung der Pensionen Erhöhung des faktischen Pensionsalters.

Obwohl das gesetzliche Pensionsalter in den letzten Jahren nicht verändert wurde, hat sich der Zeitpunkt des faktischen Pensionseintritts deutlich nach unten geschoben. Angesichts der gesunkenen Lebenserwartung ist die Anhebung des faktischen Pensionsalters eine Schlüsselfrage für die weitere Finanzierbarkeit des Pensionssystems. Wir wollen das über Anreizsysteme erreichen, wobei auf die Gegebenheiten des Arbeitsmarktes geachtet werden muß. Bei Maßnahmen zur Vermeidung von Berufsunfähigkeit ist nicht primär am Arbeitsplatz, sondern verstärkt bei der Vorsorge anzusetzen.

- **Zusätzliche Standbeine der Pensionsvorsorge:** Zur Sicherung des Lebensstandards ist ein Ausbau der Eigenvorsorge sowie der Betriebspensionskassen notwendig.

- **Sicherung der Gesundheitsvorsorge**

Die Volkspartei glaubt grundsätzlich, daß zur besseren Planung und Gestaltung des österreichischen Gesundheitswesens die Konzentration der Kompetenzen in einem einzigen Ministerium notwendig ist.

Die Spitalsbehandlung ist die teuerste Behandlungsform.

Wir wollen daher die Errichtung dezentraler Gesundheitseinrichtungen fördern, damit kostspielige Krankenhausaufenthalte vermindert und teure Spitalsbetten abgebaut werden können. Gleichfalls müssen endlich die bereits mit der Ärzteschaft vereinbarten Anreize für die kürzere Behandlungsdauer von Patienten umgesetzt werden. Zur besseren Planung der Investitionen verlangen wir endlich die Erstellung eines Großgeräteplans, um in den Spitätern eine Optimierung der Auslastungszeiten zu erreichen; Großinvestitionen sollen grundsätzlich erst nach einer genauen Kostenrechnung erfolgen. Die vorgesehene Kontrolle durch den KRA-ZAF muß wirkungsvoll erfolgen. Gleiches gilt für die Durchforstung der Personalkosten.

Durch eine Änderung der ärztlichen Praxis bei der Verschreibung von Medikamenten und durch steuernde Maßnahmen beim Selbstbehalt sollen die Kosten für Arzneimittel - insbesondere durch Reduktion des großen Teils, der ungenützt bleibt - gesenkt werden.

Für gefährliche Freizeitaktivitäten schlagen wir eine zusätzliche Pflichtversicherung (bei sonstigem Selbstbehalt) vor.

Bei den Krankenständen verlangen wir eine flächendeckende Kontrolle. Daneben soll die Möglichkeit von Teilkrankenständen (Arbeitsunfähigkeit nur für einen bestimmten Teil oder ein bestimmtes Ausmaß der beruflichen Tätigkeiten) geschaffen werden.

- **Sicherung des Arbeitsmarkts.**

Die Volkspartei will mit ihrem Erhard Busek Sicherheitsplan beim Arbeitslosengeld durch gezieltere, effizientere und schnellere Vermittlung Einsparungspotentiale nützen. Die Kontrollen, unter anderem bei der Einhaltung der Zumutbarkeitsbestimmungen, sollen verstärkt werden. Längere Durchrechnungszeiträume können die Kosten durch Saisonarbeitslosigkeit eindämmen. Die Möglichkeit von Teilarbeitslosigkeit soll geschaffen werden, um interessierten Personen die Möglichkeit zur

Weiterbildung bei gleichzeitiger Berufssuche zu ermöglichen.

- **Sicherung des Familienlastenausgleichs.**

Bei der Schulbuchaktion können durch bessere Organisation, Wiederverwendung der Bücher und sparsamere Buchbestellungen Hunderte Millionen eingespart werden. Die Unterstützung der Schüler-Freifahrten durch den Familienlastenausgleich darf nicht der Ausfallsfinanzierung von Verkehrsträger dienen.

Gegen sozialen Mißbrauch

Verschiedenen Formen des Mißbrauchs unseres sozialen Systems rufen berechtigte Kritik und den Unmut bei der Bevölkerung hervor. Das Ziel der Volkspartei ist es, mit neuen Regelungen eine mißbräuchliche Verwendung unseres Sozialsystems zu verhindern.

- **Mißbrauch beim Bezug von Arbeitslosengeld:**

Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, das Formblatt, das ein Arbeitsloser zu seinem Vorstellungsgespräch mitbringt, vollständig auszufüllen. Die Meldepflicht für ausländische Arbeitslose soll wieder auf einmal wöchentlich ausgedehnt werden. Damit wird verhindert, daß sich jemand arbeitslos meldet und Arbeitslosengeld erhält, gleichzeitig aber in seinem Heimatland berufstätig ist.

- **Mißbrauch beim Bezug der Familienbeihilfe:**

Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen ausländische Arbeitskräfte Bestätigungen ihrer Heimatgemeinden über Kinder vorlegen, deren reale Existenz nie überprüft werden kann. In einigen Fällen konnte sogar nachgewiesen werden, daß es sie nie gab. Trotzdem erhalten die Arbeitnehmer auf Grund von Staatsverträgen auch für diese Kinder Familienbeihilfe.

Um derartigen Mißbrauch auszuschalten, soll in Hinblick die Familienbeihilfe nur für Kinder bezahlt werden, die in Österreich geboren oder in Österreich wohnhaft sind. Die davon betroffenen Staatsverträge sind entsprechend zu ändern.
- **Mißbrauch bei illegaler Beschäftigung:**

Durch illegale Beschäftigung entstehen dem Staat, aber auch der Wirtschaft große Schäden. Die dem Staat entgehenden Abgaben und Steuern müssen von allen übrigen Steuerzahlern durch höhere Belastungen aufgebracht werden. Unternehmen werden durch die Schwarzarbeit, bei der zumeist nicht nur keine Steuern und Abgaben entrichtet sondern auch niedrigste Löhne bezahlt werden, in ihrer Existenz bedroht. Um dieses Mißbrauchs Herr zu werden, sind einerseits die Kontrollen zu verstärken, andererseits aber auch wirksame Strafen für illegale Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzusehen.
- **Mißbrauch bei der Erlangung der Pension wegen langer Arbeitslosigkeit:**

Im Bereich der vorzeitigen Alterspension und des Sonderunterstützungsgesetzes gibt es in einigen Betrieben eine gut funktionierende "Sozialpartnerschaft" auf Kosten der öffentlichen Hand. Besserung ist hier nur durch den Abbau von Anreizen zur "freiwilligen" Arbeitslosigkeit und durch die Abschaffung des Sonderunterstützungsgesetzes zu erwarten. Es muß aber sichergestellt sein, daß Personen, die unverschuldet arbeitslos werden, nicht unter die Räder kommen.

5. Sicherheit durch Demokratie und Recht

Mit dem Erhard Busek-Sicherheitsplan legt die Volkspartei ein umfassendes Konzept vor, dessen Realisierung Österreich ein Höchstmaß an sozialer und politischer Stabilität erhalten kann.

Selbst ein flüchtiger Blick über unsere östlichen Grenzen zeigt, wie wichtig innenpolitische Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit sind.

Die unverantwortliche Infragestellung des politischen Systems Österreichs durch die Freiheitliche Partei Österreichs sowie der politische Fanatismus und Fundamentalismus der Grünen führten in Österreich ohne die Politik der Volkspartei zu ähnlichen Zuständen, wie sie in Ost-europa zu beklagen sind.

Die Volkspartei ist somit jene politische Kraft der gesellschaftlichen Mitte, die als einzige Alternative zum sozialdemokratischen Machtanspruch die Sicherheitsinteressen der leistungsorientierten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes durchsetzen kann.

Denn die Menschen in Österreich haben ein Recht, auch in Zukunft frei von gefährlichen politischen Überraschungen leben zu können.

Für uns gilt unmißverständ-

lich, daß die Sicherheit der Bürger nur mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats und seiner Menschenrechte erzielt werden kann.

Sicherheit bedeutet für uns daher mehr als nur die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit des Staats mit den konventionellen Mitteln der Innen- und Außenpolitik, der Polizei und des Heers. Für uns geht es gleichwertig auch um die Unantastbarkeit von Leben, Freiheit und Eigentum, um die Sicherung so elementarer Bereiche des persönlichen Lebens, wie Familie, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Kultur und Religion sowie der Natur als unabdingbarer Lebensraum.

Politisch bekennen wir uns zum demokratischen Grundsatz, daß dem Bedürfnis der Bürger nach umfassender Sicherheit das unveräußerliche Menschenrecht auf Freiheit gegenübersteht.

Die Volkspartei erteilt daher der Horror-Vision von totaler politischer oder staatlicher Kontrolle nicht zuletzt wegen der totalitären Konsequenzen eines Polizeistaats und des damit verbundenen Verlustes an Freiheit eine deutliche Absage.

Die Sicherheit der Bürger in Österreich kann nicht vom

Staat allein garantiert werden. Jeder einzelne - ob Frau, Mann, Jungendlicher oder Senior - muß seinen Verantwortungsbewußtsein Beitrag in den Familien, im Beruf, in den Schulen, den kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen, in den Medien und der Vielzahl anderer gesellschaftlicher Gemeinschaften und Institutionen zur Sicherung der Lebensbedingungen in Österreich leisten.

Als politische Kraft der Mitte bekennt sich die Volkspartei dabei zu den Werten der österreichischen Kultur und leitet ihren politischen Gestaltungswillen aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft ab.

Die Volkspartei steht für eine politische Kultur, die aus Werten, wie der Achtung der Freiheit, der Unverletzlichkeit der anderen Person, dem Respekt vor der Menschenwürde, der Unantastbarkeit des Eigentums, dem Bekenntnis zu Leistung und Verantwortung, Toleranz und Nächstenliebe, ihre Kraft schöpft.

Nur so kann der Gewalt in der Gesellschaft sowie der politischen und kulturellen Polarisierung unter den Menschen entgegen gewirkt werden.

Im Erhard Busek-Sicherheitsplan betont die Volkspartei damit ausdrücklich die große Bedeutung der Werte des menschlichen Miteinanders für die umfassende Sicherheit in Gesellschaft und Staat.

Eine Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung, wie sie von verschiedenen Oppositionsparteien und extremistischen Kleingruppen in Österreich betrieben wird, widerspricht dem Bedürfnis der großen Mehrheit der Bürger dieses Landes nach Sicherheit, Stabilität, Ruhe und Ordnung. Umso wichtiger ist die Stärkung der politischen Mitte und die Aufrechterhaltung des Grundkonsenses in der Gesellschaft.

Die ÖVP ist daher als "Volkspartei" die politische Kraft der Mitte in Österreich.

Impressum:

Heute und Morgen
Medieninhaber: Österreichische Volkspartei,
Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien;
Druck: Holzhausen
Verlagsort: Wien
Herstellungsort: Wien
DVR-Nr.: 0076520

P.b.b.

Verlagspostamt: 1010 Wien
Erscheinungsort: Wien